

Wöchentlich 65 Pf., monatlich 2.00 M., an einem Jahrgang 20.00 M., einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 75 Pf. Verlagsgebühren Auslandsendernament 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“ illustrierte Beilagen „Woll und Fein“ und „Kindererziehung“. Ferner: „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Tatheit“, „Bild in die Bäderwelt“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die viertägige Kampagne des 20. November, Reichstagswahltag, 21. November, Reichstagswahltag, 22. November, Reichstagswahltag, 23. November, Reichstagswahltag, 24. November, Reichstagswahltag, 25. November, Reichstagswahltag, 26. November, Reichstagswahltag, 27. November, Reichstagswahltag, 28. November, Reichstagswahltag, 29. November, Reichstagswahltag, 30. November, Reichstagswahltag, 1. Dezember, Reichstagswahltag, 2. Dezember, Reichstagswahltag, 3. Dezember, Reichstagswahltag, 4. Dezember, Reichstagswahltag, 5. Dezember, Reichstagswahltag, 6. Dezember, Reichstagswahltag, 7. Dezember, Reichstagswahltag, 8. Dezember, Reichstagswahltag, 9. Dezember, Reichstagswahltag, 10. Dezember, Reichstagswahltag, 11. Dezember, Reichstagswahltag, 12. Dezember, Reichstagswahltag, 13. Dezember, Reichstagswahltag, 14. Dezember, Reichstagswahltag, 15. Dezember, Reichstagswahltag, 16. Dezember, Reichstagswahltag, 17. Dezember, Reichstagswahltag, 18. Dezember, Reichstagswahltag, 19. Dezember, Reichstagswahltag, 20. Dezember, Reichstagswahltag, 21. Dezember, Reichstagswahltag, 22. Dezember, Reichstagswahltag, 23. Dezember, Reichstagswahltag, 24. Dezember, Reichstagswahltag, 25. Dezember, Reichstagswahltag, 26. Dezember, Reichstagswahltag, 27. Dezember, Reichstagswahltag, 28. Dezember, Reichstagswahltag, 29. Dezember, Reichstagswahltag, 30. Dezember, Reichstagswahltag, 31. Dezember, Reichstagswahltag.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 293-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postsekretariat: Berlin 37336. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. P. O. u. Disz.-Gef., Depotkassenstraße Lindenstr. 3.

Der Oberbürgermeister erklärt.

Er war weder von den Sklarek-Krediten noch von dem Monopolvertrag unterrichtet

Oberbürgermeister Böh hat die folgende Erklärung abgegeben: „Die ungeheuerlichen ehrenverletzenden Angriffe, die in meiner Abwesenheit, ohne daß ich davon Kenntnis erhielt und mich dagegen wehren konnte, gegen mich erhoben worden sind, haben mich außerordentlich erschüttert. Um so schwerer habe ich es empfunden, daß ich mich auch nach meiner Rückkehr nicht sofort öffentlich dazu äußern durfte, da ich verpflichtet war, vorher die Berechnung in dem von mir beantragten Disziplinarverfahren abzuwarten. Nachdem diese heute nachmittag erfolgt ist, gebe ich folgende Erklärung ab:

1. Die meiner Frau von den Gebrüder Sklarek gelieferte Pelzjacke ist ihr als ein besonders günstiger Einkauf von Pelzjassen aufgedrängt worden. Nach Lieferung der Jacke habe ich die Ueberlieferung der Rechnung verlangt. Da mir der Rechnungsbetrag zu niedrig erschien, ich mich andererseits mit den Gebrüder Sklarek nicht in Verhandlungen über den Preis einzulassen wünschte, habe ich mich der peinlichen Erörterung dadurch entziehen lassen, daß ich einen Betrag zur Vinderung von Not verordnete und die Gebrüder Sklarek hiervon benachrichtigte. Ich erkenne natürlich heute, zumal nach den jetzigen Aufklärungen über die Persönlichkeit der Verkäufer und den Wert der Pelzjacke, daß es unvorsichtig von mir gewesen ist, den Betrag zu dulden und — entgegen meinem ursprünglichen Gefühl — die Pelzjacke nicht zurückzugeben. Einer rechtlichen und sittlichen Schuld bin ich mir nicht bewußt. Die Pelzjacke ist wenige Stunden nach meiner Rückkehr dem Konkursverwalter der Firma Sklarek zur Verfügung gestellt worden. Andere Pelzjassen habe ich und meine Familie von den Gebrüder Sklarek nicht bezogen.

2. Es ist unrichtig, daß eines meiner Kinder bei der Firma Sklarek ein besonderes Konto „Böh junior“ gehabt hat. Ich und meine Familie haben vor mehreren Jahren vereinzelt Bekleidungsstücke von der Firma Sklarek bezogen und nach Lieferung ordnungsmäßig bezahlt. Daß ich überhaupt Waren von der Firma Sklarek genommen habe, erklärt sich aus der Uebernahme der städtischen KVB durch die Gebrüder Sklarek.

3. Zwischen den Gebrüder Sklarek und mir oder meiner Familie haben niemals persönliche oder gesellschaftliche Beziehungen irgendwelcher Art bestanden. Ich

und meine Familie sind niemals bei ihnen zu Gast gewesen, ebensowenig wie die Gebrüder Sklarek bei uns.

4. Eine Begünstigung der Gebrüder Sklarek durch mich ist niemals erfolgt und auch niemals in Frage gekommen. Ich habe niemals auf ihre Lieferungsgegenstände oder Kreditgeschäfte Einfluß genommen oder auch nur Einfluß zu nehmen versucht. Nach der Dezernatsverteilung und der bestehenden Organisation habe ich mit den Lieferungsgegenständen und den Kreditgeschäften zwischen den Gebrüder Sklarek und der Stadt nichts zu tun gehabt.

5. Es ist mir niemals gemeldet worden, daß die Gebrüder Sklarek hohe Millionenkredite von der Stadtbank erhalten haben. Ich habe von den hohen Millionenkrediten der Gebrüder Sklarek erst während der zweiten Hälfte meiner Amerika-reise erfahren. Ich bin von jeher grundsätzlich gegen hohe Kredite der Stadtbank an private Unternehmen gewesen. Ich habe bereits im Jahre 1925 mit dem damaligen Stadtkämmerer Dr. Karding und dem Geschäftsführer Schmitt der Berliner Stadtbank ausdrücklich vereinbart, daß hohe Kredite der Stadtbank an Private nicht gegeben werden sollen.

6. Ich verurteile aufs schärfste, daß zwischen den Gebrüder Sklarek und der Stadt Berlin ein Monopolvertrag ohne die städtischen Körperschaften abgeschlossen worden ist. Ich habe von diesem Vertragsabschluss erst in Amerika gehört.

Alle Behauptungen, die mit den vorstehenden Erklärungen nicht übereinstimmen, sowie alle sonstigen über mich aufgestellten Behauptungen, die darauf hinauslaufen, daß ich unerlaubte Vorteile irgendwelcher Art in Anspruch genommen habe, sind unwahr und werden von mir gänzlich verweigert werden.

Berlin, den 5. November 1929.

Böh; Oberbürgermeister.

Der Untersuchungskommissionar des Oberpräsidenten hat dem Oberbürgermeister mitgeteilt, daß das sogenannte Geheimkonto „Gustav“ nach dem Ergebnis der Ermittlungen nichts mit seiner Person zu tun hat.

Nach den Wahlen.

Schwierige Regierungsbildung in Prag.

Von Rudolf Illovy.

Prag, Anfang November.

Prag steht noch unter dem Eindruck des sozialdemokratischen Wahlsieges vom 27. Oktober. Man hatte zwar erwartet, daß die Sozialdemokratie aus diesen Wahlen gestärkt hervorgehen werde, aber ein so durchgreifender Erfolg war doch eine große Ueberraschung. Die bürgerliche Regierungskoalition bemühte sich vier Jahre lang den Schein zu erwecken, als ob sie die Mehrheit der Bevölkerung repräsentiere, und siehe da, plötzlich ist sie zur Minderheit zusammengedrumpft. Alle Sympathien gehören jetzt der Sozialdemokratie.

Der 27. Oktober war für jeden Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei ein Freudentag. Die tschechische Sozialdemokratie gewann 338 000 Stimmen (insgesamt erhielt sie fast eine Million), die deutsche Sozialdemokratie 95 000 (insgesamt über eine halbe Million) Stimmen. Die Mehrzahl der Abgeordnetenmandate fiel bei den tschechischen Sozialdemokraten von 29 auf 39, bei den deutschen von 17 auf 21. Hinzu kommt noch ein polnischer Sozialdemokrat, der gleichfalls gewählt wurde. Die Sozialdemokratie wird daher im neuen Parlament 61 Abgeordnete besitzen. Die tschechischen Nationalsozialisten, die Partei des Außenministers Benesch, gewannen 4 Mandate und haben 32 Abgeordnete. Die Kommunisten erlitten, wie sie selbst eingestehen, eine schwere Niederlage; sie verloren 190 000 Stimmen und 11 Mandate, so daß sie jetzt nur 29 Abgeordnete haben. Die Oppositionsparteien des früheren Parlaments haben jetzt insgesamt 153 Abgeordnete, die frühere Regierungskoalition verfügt nunmehr bloß über höchstens 147. Die tschechische Sozialdemokratie ist jetzt nach den Agrariern die stärkste Partei.

Die bürgerlichen Parteien waren durch den Wahlausfall zuerst konsterniert, sie erholten sich aber bald von ihrem Schrecken. Sie wollen ihre frühere Macht nicht aus den Händen geben. Durch verschiedene naive Rechnungen suchen sie darzulegen, daß nicht die Sozialisten, sondern die Bürgerlichen gesiegt hätten und daß kein Unlach vorhanden sei, vor den Sozialisten das Feld zu räumen. Sie behaupten dreist, daß sie den Kern und die Grundlage einer jeden künftigen Regierungsmajorität bilden müssen, und daß es von ihrem guten Willen abhängt, ob die sozialistischen Parteien in die Regierung aufgenommen werden oder nicht. Da sie gehen so weit, zu drohen, sie würden mit allen nichtsozialistischen Parteien gemeinsam eine neue bürgerliche Regierung bilden. Wenn sie aber doch die Sozialisten gnädigst „hinzunehmen“, dann müßten unbedingt außer den tschechischen und deutschen Agrariern auch tschechische und deutsche Klerikale, sowie Nationaldemokraten in der neuen Koalition vertreten sein, um die Sozialisten in den Hintergrund zu drängen. Eine interessante Tatsache ist es jedenfalls, daß sich jetzt sämtliche bürgerliche Parteien, ob Tschechen oder Deutsche, nach Ministerposten sehnen.

Eine solche Regierung wäre ein Unding und könnte sich nicht halten. Eine rein bürgerliche Mehrheit, die aus denselben Parteien wie die frühere Koalition bestünde, verübt durch drei Faschisten und zwei Zionisten, und auf die wohlwollende Enthaltung der Kommunisten bei Abstimmungen im Abgeordnetenhaus angewiesen, hätte keine Daseinsmöglichkeit. Ohne sozialistische Parteien ist auf die Dauer keine Regierung in der Tschechoslowakei möglich, und man kann nicht mehr, wie es bisher bei dem Abbau sozialer Reformen der Nachkriegszeit durch die bürgerliche Regierungskoalition der Fall war, gegen die Arbeiterschaft regieren. Es werden vier verschiedene Kombinationen von etwa möglichen Regierungskoalitionen genannt, in denen allen die Sozialisten vertreten sind.

Der frühere agrarische Ministerpräsident Udrzal, der als Führer der größten (nur um ein Mandat bei den Wahlen vermehrt) Partei auch zum künftigen Regierungschef designiert ist, wird keine leichte Aufgabe haben, eine neue Regierung zu bilden. Man rechnet damit, daß seine Verhandlungen mit den Parteien zwei Wochen in Anspruch nehmen werden. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß er sehr bald seinen ganzen Plan für gescheitert erklären wird. Dann wird wohl eine andere Person, vielleicht aus dem Lager der früheren Oppositionsparteien, mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut werden. Udrzal konferierte vorige Woche unverbindlich bereits mit einigen sozialistischen Parteiführern. Inwiefern seine Verhandlungen, die er offiziell in dieser Woche in Angriff nehmen will, von irgendeinem Erfolg begleitet sein werden, hängt von der Haltung seiner sehr großtuerisch auftretenden Parteigelehrten ab. Die Nationaldemokraten wollen mit aller Gewalt in die Regierung. Kramarsch sucht alle zu überzeugen, daß man auch ohne Sozialisten regieren könne. Seine Partei hat bei den Wahlen in Prag, Bissen und anderen Städten eine schwere Schlappe erlitten. Sie hat aber um zwei Mandate mehr als früher, da sie ungeachtet ihres extremen Chauvinismus mit halbmadjarischen Parteien in der Slowakei und in Karpathenrußland ein Wahl-

Wir wachsen!

1166 neue Mitglieder im Erzgebirge. — Neun neue Ortsgruppen.

Chemnitz, 5. November. (Eigenbericht.)

Im Bezirk Chemnitz-Erzgebirge wurden durch die Werksaktion der Sozialdemokratischen Partei 1506 Abonnenten für die „Chemnitzer Volksstimme“ und 1166 Mitglieder für die Sozialdemokratische Partei gewonnen. Ortsgruppen in dem entlegenen Täler des Erzgebirges, in denen die Sozialdemokratie bisher noch keinen Fuß gefaßt hatte, wurden durch die hingebende Arbeit der Funktionäre aus ihrem politischen Dornröschenschlaf geweckt. Neun neue Ortsgruppen sind gegründet worden.

Die Räumung schreitet fort.

Regierungsgebäude Koblenz zurückgegeben.

Koblenz, 5. November. (Eigenbericht.)

Heute wurde auf dem am Rhein gelegenen Regierungsgebäude die französische Truppe eingezogen. Vorher übergab das Kommando des 30. französischen Armeekorps dem Reichsverwaltungsausschuss sämtliche Geschäftsräume.

Die preussische Verwaltung kann jetzt ihre Verwaltungsgebäude nach Erledigung der notwendigen Instandsetzungsarbeiten wieder beziehen. Ueber 10 Jahre hat das Gebäude den verschiedensten Zwecken der Besatzung dienen müssen. In den ersten Jahren nach dem Waffenstillstand hatten die Amerikaner dort ihr Hauptquartier, 1922 wurde es von den Franzosen übernommen.

Gschweiler geräumt.

Gschweiler, 3. November.

Die letzten belgischen Truppen haben heute die Stadt geräumt. Nur zwei Offiziere und zwanzig Soldaten sind nach zur Uebergabe der Kaserne in zwei Tagen zurückgeblieben.

Der Abmarsch der Briten.

Kriegsminister Cham gab im Unterhaus bekannt, daß bis zum 30. Oktober aus dem Rheinland 3350 Mann abtransportiert worden sind. Die Gesamträumung werde schätzungsweise Mitte Dezember durchgeführt sein.

Wilhelms neueste Taktlosigkeit.

Er empfiehlt Bürgermeisterkandidaten für Doorn.

Amsterdam, 5. November. (Eigenbericht.)

Eine deutliche Warnung an die Adresse des Exkaisers bedeutet eine offizielle Meldung aus dem Haag, wonach der Kaiser auf die Ernennung eines neuen Bürgermeisters in Doorn zwar keinen Einfluß ausgeübt habe, das Verhältnis zwischen der niederländischen Regierung und dem Exkaiser aber auch keineswegs derartig sei, daß die Regierung seiner Meinung bei der Ernennung des Bürgermeisters Rechnung zu tragen habe. Die Regierung werde sich vielmehr von der Erwägung leiten lassen, eine energische Person zu ernennen, die auch vor einer entschiedenen Haltung gegenüber dem Exkaiser nicht zurückschrecke.

Die offizielle Verkaufbarung ist auf Meldungen zurückzuführen, nach denen Wilhelm von Doorn im Haag für die Ernennung einer bestimmten Persönlichkeit zum Bürgermeister von Doorn Stimmung gemacht haben soll.

Die Parlamentspause in Polen.

Nicht mit Auflösung gleichbedeutend.

Bei der Uebergabe des Verordnungsdekrets an den Sejmmarschall Daszynski betonte Ministerpräsident Switalski im Namen des Staatspräsidenten, daß diese Vertagung keineswegs einer Auflösung des Parlaments gleichzusetzen sei. Die Vertagung hatte der Sejmarschall Szymanski angeraten, da die Staatsberatung eine Atmosphäre der Ruhe und Sachlichkeit erfordere.

Wählerversammlungen

Heute in Charlottenburg, Friedrichshagen, Falkenberg-Alt-Glienicke, Mahlsdorf, Wilmersdorf.

Morgen am Prenzlauer Berg, in Neukölln, Lichtenberg, Köpenick, Tempelhof, Zehlendorf, Lichtenfelde, Lichtenrade und am Kreuzberg.

Näheres im Innern des Blattes!

Gegen die kapitalistischen Feinde der Gemeinwirtschaft und ihre kommunistischen Helfer! Für ein sozialistisches Berlin!

hündnis eingegangen ist. Die trotz aller Reklame der Sanft-Bengel-Festlichkeiten bei den Wahlen geschlagenen Merkmalen wünschen eine „große Koalition“ herbei, in der sie an den Sozialisten eine Stütze gegen die übermäßigen Ansprüche der Agrarier hätten.

Die tschechische Sozialdemokratie laßt über diesen bürgerlichen Zirkus. Sie drängt sich nicht in die Regierung. Die Teilnahme oder Nichtteilnahme an der Regierung ist nicht ihre größte Sorge. Sie hat jetzt eine für das Proletariat viel wichtigere Arbeit: einen festen sozialistischen Block zu schaffen. In erster Reihe handelt es sich darum, mit den deutschen Sozialdemokraten eine volle Einigung über ein Zusammengehen in sämtlichen tatsächlichen und programmatischen Angelegenheiten zu erzielen. Die Verhandlungen zwischen den tschechischen und deutschen Sozialdemokraten schreiten gut vorwärts, und es besteht kein Zweifel, daß das einheitliche Vorgehen der beiden Brüderparteien bald Tatsache werden wird. Diese Einigung der sozialdemokratischen Parteien in der Tschechoslowakei wird ihr Ansehen im Lande — trotz aller Angriffe der chauvinistischen Hege beider Nationen — sehr erhöhen. Neben diesen beiden, auch in Zukunft selbständig weiterbestehenden sozialdemokratischen Parteien wird der sozialistische Block die tschechischen Nationalsozialisten umfassen. Die Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten soll sich hauptsächlich auf soziale und wirtschaftliche Fragen sowie auf sonstige, das Lebensinteresse des Proletariats berührende Probleme beziehen. Auch diese Verhandlungen mit den Nationalsozialisten werden zum Ziele führen. Der sozialistische Block wird eine gute Wehr gegen alle antisozialen und scharfmacherischen Gelüste der bürgerlichen Parteien sein.

Die tschechische Sozialdemokratie sieht ruhig in die Zukunft, mag kommen, was nun will. Sie ist auf dem Vormarsche. Dieses Parlament, dessen Zusammensetzung die Situation nicht geklärt hat, wird sich keines langen Lebens erfreuen. Vielleicht drei, vielleicht nur zwei Jahre werden ihm beschieden sein. Dann wird es wieder zu Neuwahlen kommen müssen, aus denen die tschechischen Sozialdemokraten als die stärkste Partei im Staate hervorgehen werden. Es bliebe nur eine Möglichkeit, das neue Parlament auf die Dauer zu konsolidieren: den siegreichen Linksparteien die Stellung in einer Regierungskoalition einzuräumen, die ihnen gebührt. Ein Anhängel der bürgerlichen Parteien zu sein, hat der sozialistische Block nicht nötig. Die bürgerlichen Parteien wollen, so scheint es, nochmals zeigen, daß sie die Herren sind. Nun, sie mögen es tun, wenn sie es noch können. Die Sozialdemokratie kann warten.

Udrzal sondiert die Sozialdemokratie.

Prag, 5. November.

Wie die „Boager Presse“ meldet, empfing der mit der Zusammenfassung der neuen Regierung betraute Ministerpräsident Udrzal heute den Vorsitzenden der tschechoslowakischen Sozialdemokratie, Abgeordneten Hampf. Auf die Frage Udrzals, ob seine Partei bereit sei, in die Regierung einzutreten, erklärte Hampf, daß das von dem Programm der zukünftigen Regierung abhängt.

Das Präsidium der tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Partei hat drei Mitglieder zur weiteren Beratung der Angelegenheit berufen. Zu den Verhandlungen über die Bildung der neuen Regierung haben die Vertreter der deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei bisher keine Einladung erhalten.

Militärjustiz.

Fünf Monate Gefängnis für einen Brief an General Hege.

Als General Hege von Königsberg nach Berlin ging, sagte er den Soldaten: „Wenn ihr etwas auf dem Herzen habt, dann kommt zu mir persönlich.“ Der Obergefreite Remus beherzigte diese Worte und schrieb am 24. Juni dem General einen Brief, in dem er Schilderungen und Mißhandlungen von Reichswehrsoldaten durch Vorgesetzte schilderte. Er hat den Brief vor der Abfertigung fünf Kameraden vorgelesen.

Auf Grund dieses Tatbestandes verurteilte ihn die Strafkammer Königsberg wegen Verletzung der Paragraphen 101/102 des Militärstrafgesetzbuches zu fünf Monaten Gefängnis, am 4. Juli wurde er freilassend aus dem Heeresdienst entlassen, am 9. August hat der Reichswehrminister die Entlassung bestätigt. Remus hat 11 Jahre in der Reichswehr gedient.

Am 8. November findet die Berufungsverhandlung gegen dies unerhörte Urteil statt.

Wie sie schimpfen!

Aber sie werden zur Rechenschaft gezogen.

Ende April 1929 hat auf dem Bismarck-Kommers der dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterbund angehörenden alten und jungen Studenten von Rügen der Direktor der Landwirtschaftsschule Dr. Barendam eine Rede gehalten, welche von Beschimpfungen der republikanischen Einrichtungen und des Parlaments sprach. Die Versammlung fand unter dem Vorsitz des Bürgermeisters und Polizeiverwalters Dr. Gasmund in Bergen statt, ohne daß der Bürgermeister eingeschritten wäre. Dr. Barendam sagte u. a.:

„Über den Trümmern der Wehrmacht, über 2 Millionen Gefallenen leben und über dem Elend eines verkommenen Volkes wurde in Weimar die Diktatur des Parteiführers errichtet. Eine Gemeinschaft befristeter und schmutziger Interessengruppen. Die Wortführer des Systems wollen sich der Zustimmung des Volkes entziehen, indem sie bei der Verpfändung Deutschlands in eine Reparationskolonie, in ein europäisches Indien, sich als Vollzugsorgan der feindlichen Mächte legitimieren lassen.“

In diesem Ton war die ganze Rede Barendams gehalten. Die republikanische Beschwerdebefehle Berlin greift die Angelegenheit auf und wurde bereits am 13. Mai bei dem Regierungspräsidenten in Berlin und vorstellig. Nunmehr ist abschließend folgender Bescheid ergangen:

„Die von Ihnen vorgebrachten und von mir als berechtigt anerkannten Rügen sind Gegenstand eines dienstlichen Verfahrens gewesen. Sowohl dem Herrn Bürgermeister wie auch dem Herrn Direktor der landwirtschaftlichen Schule gegenüber ist von der vorgesetzten Behörde das Erforderliche veranlaßt worden.“

Schlaganfall des Staatsrats Dr. von Nüßlein. Während einer Ausschusssitzung des Staatsrats erlitt der bayerische Reichsratsvertreter Staatsrat Dr. Ritter von Nüßlein einen leichten Schlaganfall. Die Beratungen des Ausschusses wurden daraufhin sofort unterbrochen.

Politische Chezerrüttung.

Die Vorgänge im Rechtsausschuß des Reichstags.

Das Zentrum schießt mit großem Geschuß. Weil es die Reform der Ehegesetzgebung ablehnt, verlassen seine Vertreter den Rechtsausschuß, in dem sie mit ihrer Opposition in der Minderheit geblieben sein würden. Das ist ein Vorzeichen, das sich selbst dann nicht rechtfertigen ließe, wenn die Vorwürfe, die Herr Bell gegen die Regierung richtete, begründet gemessen wären. Eine Partei, die der Regierung angehört, kann und darf nicht so handeln, wenn sie sich nicht den Vorwurf zuziehen will, daß sie mit voller Absicht das Ansehen der eigenen Koalition schädige.

Die Anklagen des Sprechers der Zentrumspartei waren im übrigen gänzlich fehl am Platze. Bei dem umstrittenen Entwurf handelt es sich nicht um eine Vorlage des Kabinetts, sondern um einen Antrag aus dem Reichstag. Die Entscheidung darüber, ob seine weitere Behandlung eingeleitet werden soll, ist nicht Sache des Reichstags, sondern Sache des Ausschusses. Verlangte sich dieser den Wünschen des Zentrums, so beläßt dessen Leitung die Möglichkeit, eine Besprechung der Regierungsparteien herbeizuführen und hier einen Ausgleich des Streites zu versuchen. Der Theatereffekt war zumindest gänzlich überflüssig.

Indessen drängt sich uns der Eindruck auf, als ob das Zentrum diesen Weg eingeschlagen habe, um seine bekannte Forderung nach einer Umgruppierung innerhalb des Kabinetts ostentativ zu unterstreichen. Es wünscht das Wirtschaftsministerium gegen das Justizministerium einzutauschen, teils mit Rücksicht eben auf die Ehescheidungsreform, mit der es sich bzw. Herrn von Guérard nicht belasten möchte, teils weil es das Wirtschaftsministerium für wichtiger hält.

Nun ist schwer vorstellbar, daß sich die übrigen Koalitionsparteien durch die vom Zentrum beliebte Methode besonders werden imponieren lassen. Aber ganz abgesehen davon liegt eine Erfüllung seiner Ansprüche wohl kaum im Bereich der Möglichkeit. Die Volkspartei hat bisher das Außenministerium und das Wirtschaftsministerium innegehabt. Wird Herr Curtius der Nachfolger Stresemanns, so liegt seine Ersetzung durch einen anderen Volksparteier im Wirtschaftsministerium zum mindesten nahe. An einen Tausch, der doch dazu möglicherweise weitere Folgen in der Zusammenfassung der Regierung nach sich ziehen würde, könnte man doch schließlich nur angesichts dringender Notwendigkeiten denken, und

solche Notwendigkeiten sind mit dem Wunsche des Zentrums nach einem seiner Ansicht nach größeren Betätigungsfeld kaum zu begründen.

Mag sein, daß die Zentrumspartei mit den Borteseuilles, über die sie zurzeit verfügt, nicht zufrieden ist. Dann sollte sie aber auch bedenken, daß manches hätte anders kommen können, wenn sie sich nicht im vergangenen Jahr a u s s c h w e r verständiglichen Gründen in den Schmolzwinkel gestellt und nur einen einzigen Vertreter in das neu gebildete Kabinett Müller entsandt hätte.

Daß man übrigens die Frage der Eheform nicht überall im Zentrum so aufgeregt behandelt wie in der Zentrumsfraktion des Rechtsausschusses zeigt das besonnene Urteil der „Tremontia“ vom 4. November. Da heißt es:

„Wenn, wie nicht zu bezweifeln ist, eine Volks- und Partamensmehrheit die Erleichterung der Ehescheidung fordert, dann kann das Zentrum trotz seiner parlamentarischen Schlüsselstellung das Rad dieser Bewegung, die uns jetzt schon dahin geführt hat, daß jede lebende in Deutschland geschlossene Ehe wieder geschlossen wird, nicht dauernd aufhalten. Man soll auch sonst den Dingen nüchtern ins Auge sehen. Wenn heute Eheleute auseinander wollen, die der Ansicht sind, daß sie nicht zueinander passen, und die keine religiösen und sittlichen Hemmnisse vor dem Auseinandergehen verspüren, dann wird eben ein Ehebruch als Scheidungsgrund konstruiert, der Mann und Frau sonst ferngelegen hätte. Das ist doch eine bekannte Tatsache, und ob die weitere Verweigerung der Ehescheidungsreform die Ehescheidungsflut wieder herabdrücken wird, erscheint sehr fraglich.“

Man wird in der Redaktion des Dortmunder Zentrumsblattes über den feierlichen Auszug der Parteifreunde aus dem Rechtsausschuß nicht wenig erstaunt gewesen sein.

Der Vorstand der Reichstagsfraktion des Zentrums hatte gestern abend im Reichstag eine vertrauliche Besprechung mit dem Zentrum angehörenden Reichsministern von Guérard, Dr. Wirth und Dr. Stegerwald. Wie verlautet, war der Gegenstand der Aussprache der von den Zentrumsvorleitern im Rechtsausschuß eingelegte Protest gegen die Weiterberatung der Ehescheidungsreform. Diese Angelegenheit dürfte voraussichtlich auch noch eine spätere Fraktionsitzung des Zentrums beschäftigen.

Reinsagen oder Daheimbleiben?

Rechtsfragen des „Volksbegehrens“.

Die „Köln. Zeitung“ beschäftigt sich mit der Frage, ob zum Zustandekommen eines positiven Beschlusses bei einer Volksabstimmung wirklich, wie gemeint angenommen wird, die Teilnahme von mehr als der Hälfte der Stimmberechtigten notwendig sei. Sie weist darauf hin, daß die Verfassung in diesem Punkte nicht ganz klar ist und daß die Kommentatoren geteilter Meinung sind. Die Frage geht dahin, ob der Art. 75 für jeden Volkseinscheid gilt. Nach Art. 75 kann ein Beschluß des Reichstags nur dann außer Kraft gesetzt werden, wenn sich die Mehrheit der Stimmberechtigten an der Abstimmung beteiligt. Da nun ein Gesetzesvorhaben nur dann zum Volkseinscheid kommt, wenn der Reichstag ihn abgelehnt oder abgeändert hat, wird gemeint geschlossen, daß stets nach nichtzustimmendem Beschluß des Reichstags Beteiligung der Mehrheit der Stimmberechtigten notwendig ist. Andere Kommentatoren sind jedoch der Meinung, der Art. 75 komme nur dann in Betracht, wenn sich der Gesetzesvorhaben gegen einen Reichstagsbeschluß richte, der unabhängig von jenem Beschluß gefaßt ist.

Wäre die zweite Annahme richtig, dann müßten stets bei Volksentscheiden, die nicht verfassungsändernd sind, die Gegner auf dem Posten sein und durch ihr Nein den gestellten Antrag zu Fall bringen. Sonst könnte es passieren, daß ein ganz unsinniger Antrag durch das Ja einer mangelhaften Volksmehrheit „Gesetz“ würde!

Die „Köln. Ztg.“ erkennt jedoch richtig, daß dieser Streit im gegebenen Fall keine praktische Bedeutung hat, da das Hugenbergsche „Volksbegehren“ verfassungsändernd ist. Bei verfassungsändernden Vorhaben muß über die Mehrheit der Stimmberechtigten sich nicht nur beteiligen, sondern mit Ja stimmen. Die Gegner des Vorhabens riskieren also gar nichts, wenn sie daheimbleiben.

Verfassungsändernd ist der Vorstoß deshalb, weil die Verfassung (Art. 36, 56 und 59) ungewöhnlich den Grundgesetz festlegt, daß ein Abgeordneter wegen seiner Abstimmung niemals gerichtlich verfolgt werden darf und daß die Reichsminister nur vom Reichstag, nicht vom Strafenat eines Gerichts, zur Verantwortung gezogen werden können.

Auf diesen verfassungsändernden Charakter des Hugenbergsche Begehrens hat schon Reichsinnenminister Seering in seiner Rede, die er in der Vereinigung „Republikanische Presse“ hielt, aufmerksam gemacht.

Das Vertragsrecht des Reiches.

Eine Leg Lohmann / Sicherungen gegen Eigenmächtigkeiten

Der Ausschuß für den Reichshaushalt legte in seiner Mitwirkungsberatung der Kommission zur Reichshaushaltsordnung vor. Eine eingehende Erörterung riefen insbesondere die Bestimmungen hervor, durch die das Vertragsrecht des Reiches neu geregelt und systematischer gestaltet werden soll.

Der Antrag der einen neuen Vorschrift, daß über einen bestimmten Betrag hinausgehende Verpflichtungen für das Reich nur nach von einem leitenden Beamten der zuständigen Behörde und zwar in schriftlicher Form erklärt werden dürfen, wor durch die bekannten Bohmann-Vorgänge gegeben. Es soll eben verhindert werden, daß ein nichtleitender Beamter für das Reich verbindliche Verpflichtungen größeren Umfangs übernehmen darf. Als Grenze solcher Verpflichtung ist 1 Million Mark vorgeschlagen.

Eine weitere neue Bestimmung besagt, daß alle Verträge, durch die das Reich zur Leistung von Auszahlungen über ein Rechnungsjahr hinaus verpflichtet wird, der Zustimmung des Reichsministers der Finanzen bedürfen, sofern er nicht ausdrücklich darauf verzichtet. Auch wenn für einen Kanal, oder Schiffbau oder ähnliche über mehrere Jahre verteilte Ausgaben Raten in den Hausholtsplan eingestellt sind, bedürfen dennoch alle Verträge, in denen für die künftigen Jahre bezüglich des Weiterbaues Verpflichtungen übernommen werden, der Zustimmung des Reichsministers der

Finanzen. Die Notwendigkeit solcher Bestimmung hat sich aus der Praxis der letzten Jahre ergeben. Die schwierige Finanzlage des Reiches erfordert, daß nicht über bereits bestehende gesetzliche Vorschriften hinaus ohne Zustimmung des Reichsfinanzministers Leistungen übernommen werden, die ihm eine Ausgleichung des Haushalts künftiger Jahre erschweren oder unmöglich machen.

Auch alle Bürgschafts-, Gewähr- und dergleichen Verträge sollen künftig nur mit Zustimmung des Reichsfinanzministers abgeschlossen werden dürfen. Solche Zustimmung soll nur für im Rahmen der laufenden Verwaltung abgeschlossene, ihrer Natur nach regelmäßig wiederkehrende Verträge nicht erforderlich sein. Für den Rechnungshof soll bei allen solchen Bürgschafts- u. a. Verträgen das Recht ausbedungen werden, das Unternehmen des Garantie- oder Bürgschaftsempfängers zu prüfen, soweit die Prüfung erforderlich ist, um die Voraussetzungen für die Haftung des Reiches festzustellen.

Die eingehende Diskussion erstreckte sich insbesondere auf die Fragen, ob durch die neu vorgeschlagenen Vorschriften nicht zu einseitig die Stellung des Reichsfinanzministers gestärkt, die des Reichstags und der Ressorts geschwächt werde, und ob es richtig sei, bei Bürgschafts- und anderen wirtschaftlichen Zwecken dienenden Verträgen neben dem Reichsfinanzministerium auch noch dem Rechnungshof ein Prüfungsrecht zuzuerkennen. Die sozialdemokratischen Vertreter traten mit Nachdruck für solches Prüfungsrecht des Rechnungshofes ein, und es gelang, den folgenden sozialdemokratischen Antrag zur Annahme zu bringen: „Auch für den Rechnungshof des Deutschen Reiches ist das Recht auszubehalten, die Unternehmen der Beteiligten zu prüfen, wenn eine Inanspruchnahme des Reiches aus den Verträgen zu befürchten oder eingetreten ist.“

Hafenkreuzzelle im Reichsdienst.

Was geht im Statistischen Reichsamte vor?

Das Statistische Reichsamte, das außer 616 Beamten über 2000 Angestellte beschäftigt, scheint sich mehr und mehr zu einer Domäne nationalsozialistischer Bestrebungen zu entwickeln. Man erzählt, daß sich vor dem Volksbegehren eine Arbeitsgemeinschaft nationalsozialistischer Beamten und Angestellten gebildet hat, deren Vorsitzender der Angestellte August Wolter ist. Diese Arbeitsgemeinschaft, die rund 200 Personen umfaßt, hat eine lebhaft propagandistische Tätigkeit für das Volksbegehren durch mündliche Werbung und Verteilung von Flugblättern entfaltet. Die Leitung der Behörde war scheinbar nicht in der Lage, diesem Treiben entgegenzutreten. Bezeichnend für die Strömungen bei dieser Behörde ist auch die Tatsache, daß bei den Betriebsratswahlen die nationalsozialistische Richtung, die sich schamhaft als „christlich-nationale“ Richtung bezeichnet, ihre Stimmenzahl von 400 auf 822 vermehren konnte. Sie erhielt im Betriebsrat sechs Sitze, während der Gewerkschaftsbund der Angestellten vier und der Zentrumsverband der Angestellten drei Sitze erhielt. Lediglich dem Zusammengehen der beiden letztgenannten Gewerkschaften ist es zu verdanken, daß der bisherige Betriebsratsvorsitzende und völkische Hauptagitator Wieding nicht mehr zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt worden ist.

Um Hugenbergs Immunität.

Darf er ungestraft Beamte beleidigen?

Wegen der Verdächtigung, die der Geheime Finanzrat Dr. Hugenberg, R. d. R., in einem Artikel des „Berliner Lokal-Anzeigers“ vom 31. Oktober dieses Jahres gegen die mit der Feststellung des zahlenmäßigen Ergebnisses des Volksbegehrens betrauten Beamten erhoben hat, ist vom Herrn Reichsminister des Innern als deren Dienstvergehen Strafantrag wegen Beleidigung gestellt worden. Bei der „Amtliche Preussische Preßedienst“ mittelst, hat der Generalkassenschatz bei dem Landgericht I Berlin daraufhin beantragt, die Genehmigung des Reichstages zur Strafverfolgung des Abgeordneten Dr. Hugenberg wegen der genannten Straftat herbeizuführen.

Erzengel „Gabriel“ Piesk.

Den „Dolch“ im Gewande gegen die SPD!

Ein Bibelwort sagt: Man sieht wohl den Spitzer in des Nachbarn Auge, aber nicht den Balken im eigenen. Für den allen christlichen Wilhelm Piesk, den Führer der SPD, kann der Balken schon deswegen nicht sichtbar sein, weil sich bei ihm meist die Balken biegen. Herr Piesk fühlt sich bemüht, in der kommunistischen „Welt am Abend“ über den „Korruptionsstumpf“ zu schreiben. Damit aber der Leser gleich von vornherein jeden Gedanken fallen lasse, daß Herr Piesk sich über die Sklaretschen Geheimtome „Gabriel“ und „Dolch“ (Gäbel und Degner) zu verbreiten gedanke, so hat er schon die vorläufige Umzerkle gemöhlt: „Die Schuld der Sozialdemokratie.“

Piesk hat sich für diese These ein sehr einfaches Schema zurechtgemacht, etwa in der Art der außermittlichen Hege: Stiehlt ein Jude, so sind die Juden daran schuld, — stiehlt ein Christ, so ist das — ein Einzelfall. Genau so logisch argumentiert Piesk: Nimmt ein Sozialdemokrat von Sklarek Geschenke, so ist das eine Folge der sozialdemokratischen Korruption, lassen sich aber zwei kommunistische Stadträte von Sklarek korrumpieren, wie das positiv bei Gäbel und Degner bewiesen ist, — so hat das mit der kommunistischen Partei gar nichts zu tun; denn, so sagt Herr Piesk: „Die kommunistische Partei kann niemals in die kapitalistische Korruption hineingezogen werden, weil sie diesem System als Todfeind gegenübersteht.“

Sie kann nicht! Und wird sie es doch, — so ist es eben nicht wahr. Man wird an jenes schöne Palmström-Gedicht des verstorbenen Christian Morgenstern erinnert, in dem Palmström von einem fischfahrenden Auto verfehlt wird:

Und er kommt zu dem Ergebnis:
Nur ein Traum war das Erlebnis,
weil — so schließt er messerscharf, —
nicht sein kann, was nicht sein darf.

So sieht es auch mit Gäbel und Degner: „Nur ein Traum war dies Erlebnis“; denn die kommunistische Partei „kann niemals in die kapitalistische Korruption hineingezogen werden“. Wertwichtig, daß sie es selbst dort wird, wo nach kommunistischer Behauptung gar kein Kapitalismus existiert, nämlich in Sowjetrußland. Dort sind nach den amtlichen sowjetrussischen Meldungen Massenanschüsse von kommunistischen Funktionären wegen Bestechlichkeit an der Tagesordnung!

Umgekehrt wie mit den Kommunisten, die nicht korrumpiert werden können, weil „nicht sein kann, was nicht sein darf“, steht es dagegen mit den bösen Sozialdemokraten. Sozialdemokraten sind sogar korrumpiert, wenn sie persönlich nicht bestochen sind. Herr Piesk betont:

„Es ist hierbei (Berichtswortung der SPD für den Korruptionsstumpf) nicht einmal so sehr das Hauptgewicht auf die persönliche Schuld zu legen, ob der einzelne mehr oder weniger sich von Sklareks Geschenke machen ließ, oder an ihren Souveränen teilnahm.“

Es genügt nach Piesk vielmehr, daß die Sozialdemokratie Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien treibe, hierdurch werde sie automatisch in den kapitalistischen Korruptionsstumpf hineingezogen. Geradezu grauenvoll malt Piesk das Bild der sozialdemokratischen Führerschaft: „Einer beneidet den anderen wegen der Höhe der Bestechungsgelder.“ Hier bleibt dem Leser die Spade weg. Man fragt sich, ob der alle christliche Wilhelm Piesk nicht doch etwas gar zu sehr den Verhältnissen in der Sozialdemokratie entfremdet ist, obwohl er treu und wieder bis zum Frühjahr 1929 wenigstens in der sozialdemokratischen Pensionstafel ausgeharrt hat, und ob er nicht in seiner Unkenntnis sozialdemokratischer Verhältnisse die Ereignisse in der Kommunistischen Führerschaft um die Moskauer Suspendie naturgetreu abkonterfeit hat!

Prozeß Theodor Wolff-Karl Kraus.

Kraus zu 100 M. Geldstrafe verurteilt.

In dem literarischen Beleidigungsprozeß, der am 29. Oktober vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte verhandelt worden war, verkündete am Dienstag Amtsgerichtsrat Dahl folgendes Urteil:

„Auf die Beleidigungsklage des Herausgebers der Wiener Zeitschrift „Die Fackel“, Kraus, wird der Angeklagte, Theodor Wolff, freigesprochen. Auf die Widerklage Theodor Wolffs hin wird Kraus wegen Beleidigung, begangen in der Zeitschrift „Die Fackel“ zu 100 Mark Geldstrafe oder im Nichtvollstreckungsfalle zu vier Tagen Gefängnis verurteilt. Der Widerkläger kann das Urteil auf Kosten des Wiederangeklagten je einmal in der „Fackel“ und im „Berliner Tageblatt“ veröffentlichen.“

In der Begründung wurde darauf hingewiesen, daß der Angeklagte Theodor Wolff habe freigesprochen werden müssen, weil er in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt und gegenüber den schweren Vorwürfen des Privatklägers das Recht einer scharfen Abwehr gehabt habe, die so scharf und eindeutig habe sein können, daß bei dem Leser des „Berliner Tageblatts“ kein Zweifel mehr übrig gelassen sei. Wolff habe die Worte „einfache Lüge“, „Lügenhafte Geschichte“ und „Kleinmissetat“, deretwegen Kraus die Klage angehängt habe, nicht in der Absicht der Beleidigung gebraucht, sondern zur Kennzeichnung der unwahrscheinlichen Handlungsweise des Gegners. Auf der anderen Seite aber habe Kraus dem Wiederkläger Theodor Wolff in der „Fackel“ zweifelslos beleidigt, wenn ihm auch zugute gerechnet werden sei, daß er sich bislang straflos geführt habe und ehrlich bestrebt gewesen sein möchte, angelegliche Mißstände aufzudecken, so hätte er sich nach Ansicht des Gerichtes doch sagen müssen, daß er sich nur geleglich zulässiger Mittel bedienen und nicht ohne Not die Ehre anderer angreifen dürfe, indem er von einem „treuen Schwindler“ sprach.

Die Hochschule als Kaschemme.

Valentiner-Universität Wien.

Wien, 5. November.

Deutschösterreichische Studenten, die die Unversitätsrampe besetzt hatten, hinderten gewaltsam sozialistische und jüdische Studenten, die die Universität verlassen hyn, betreten wollten; diese wurden mit Pöffen und Stöcken die Rampe hinuntergetrieben. Die Pöflichen verlangten von den Studenten die Fortsetzung der Legitimation der „Deutschen Studentenschaft“; wer eine solche Legitimation nicht besaß, wurde unter Geohle mit Fausthieben bearbeitet. Als es am Fuße der Rampe zu einer ersten Schlägerei kam, hielt die Polizei ein und trennte die Studenten, indem sie mit den Gummirollen dreinschlug. Die Rampe selbst als „akademischen Boden“ darf die Polizei nicht betreten.

Lehrerfeier für Fürst Bälou. In Klein-Blotbeck bei Hamburg land am Dienstag die Lehrerfeier für Fürst Bälou statt. Die Reichsregierung war durch Reichskanzler Hermann Müller vertreten.

Das Korruptionsgeschrei . . .



und welche Absichten sich dahinter verbergen!

Zweite Haager Konferenz Ende November?

Jaspar drängt auf Beschleunigung.

Paris, 5. November. (Eigenbericht.)

Der belgische Ministerpräsident Jaspar wird in den nächsten Tagen, wie der „Intransigeant“ zu berichten weiß, die Einladungen zur zweiten Haager Konferenz ergehen lassen. Mehrere an der Konferenz interessierte Regierungen hätten zu erkennen gegeben, daß sie den Abschluß der Arbeiten möglichst rasch herbeizuführen wünschen, damit die Diskussionen über die Abkommen in ihren Parlamenten beginnen können.

Jaspar hat bereits vor einiger Zeit an die von der Haager Konferenz eingerichteten Kommissionen ein Rundschreiben erlassen, in dem er sie zu möglichst Beschleunigung ihrer Arbeiten aufforderte. Bisher sind jedoch nur die drei in Berlin tagenden Ausschüsse fertig geworden. Das Organisationskomitee der Internationalen Reparationsbank in Baden-Baden steht vor dem Abschluß seiner Arbeiten. Dagegen haben sich in den Pariser Ausschüssen große Schwierigkeiten gezeigt. In der Ostreparations-Kommission sind wegen der unangenehmsten Haltung Ungarns kaum nennenswerte Fortschritte erzielt und auch in der Liquidationskommission scheitert die Einigung immer noch daran, daß sich die Gläubiger noch nicht zur Rückgabe des Liquidationsvertrages für die beschlagnahmten deutschen Güter verstehen können. In der Kommission für die Abänderung der Reichsbahngesetze herrschen Meinungsverschiedenheiten, weil die Gläubiger trotz der im Young-Plan geforderten Freigabe der Reichsbahn von jeder Reparationsverpflichtung, dem Reich die volle Verfügungsfreiheit nicht zurückgeben wollen. Immerhin hofft man in Pariser unterrichteten Kreisen, daß die zweite Konferenz noch in der zweiten

Novemberhälfte einberufen wird und bis zu Beginn des Monats Dezember ihre Arbeit beendet hat.

Snowden über die Internationale Reparationsbank

London, 5. November.

Schatzkanzler Snowden gab im Unterhaus erneut die Versicherung ab, daß die britischen Mitglieder des Organisationsausschusses für die Festsetzung der Sätze der Internationalen Bank von der Regierung keinerlei Anweisungen erhalten hätten. Diese Mitteilung wurde jedoch eingeschränkt durch den Zusatz „soweit es sich um die rein bankmäßigen Aspekte handelt“. Die Regierung unterhält dagegen, wie Snowden weiter sagte, eine Verbindung mit den britischen Vertretern in Fragen der Festsetzung der künftigen Funktionen der Bank hinsichtlich der deutschen Reparationszahlungen. Wenn der Bericht des Ausschusses fertiggestellt sei, werde er auf Grund des Haager Protokolls der zweiten Haager Konferenz zugewiesen werden, die nach Auffassung der britischen Regierung nur eine Fortsetzung der unterbrochenen ersten Haager Konferenz darstellt.

III. berichtet hierüber: Die Antwort Snowdens enthält keinerlei Angaben dafür, daß sich die sehr beträchtlichen Widerstände innerhalb der britischen Regierung und der englischen Hochfinanz gegen die Gründung der Bank vermindert haben. Die Auffassung zwischen Regierung und weiteren Kreisen der Hochfinanz stimmt nicht völlig überein mit den Ansichten des Gouverneurs der Bank von England, doch überwiegt nach wie vor die Ablehnung gegen eine zu weitgehende Ausdehnung des Aufgabenspektrums oder der Bemessungsfreiheit der Internationalen Bank.

Macdonald vor dem Unterhaus.

Optimistischer Bericht über seine Amerika-Reise.

London, 5. November. (Eigenbericht.)

Ministerpräsident Macdonald gab am Dienstag im Unterhaus aufs lebhafteste begrüßt einen Bericht über seine Amerika-Reise. Er betonte, daß der Erfolg seiner Reise im weitestem Maße der Unterstützung zu danken sei, die er bei allen Parteien dabei gefunden habe. Die Besprechungen zwischen dem Präsidenten Hoover und ihm hätten bereits die Furcht beseitigt gemacht, daß die geplante Seereparationskonferenz an der Unabhängigkeit Englands und Amerikas scheitern könnte. Die Besprechungen hätten im übrigen den Zweck gehabt, jene kleinen Meinungsverschiedenheiten zu überbrücken, die nach Anerkennung des Prinzips der Flottenparität zwischen den beiden Ländern noch bestanden hätten. Hoover und er hätten die Probleme unter neuen Gesichtspunkten und neuer Atmosphäre sowie auf der Basis in Angriff genommen, daß ein Krieg zwischen beiden Ländern unmöglich sei. Dadurch sei die Möglichkeit einer für beide Seiten befriedigenden Lösung der schwebenden Fragen in den Bereich der praktischen Verwirklichung gerückt worden.

Nachdem er beglückwünschten Baldwin im Namen der Konservativen und Lloyd George im Namen der Liberalen den Premierminister zu seiner „Triumphfahrt“, wie sich Lloyd George ausdrückte, hinsichtlich der „Freiheit der Meere“, meinte Lord George, müsse England sehr vorsichtig sein und keines seiner Rechte leichtfertig preisgeben. Macdonald bejahte ausdrücklich die Frage Lloyd Georges, ob er bei seinen Verhandlungen mit Hoover alle Rechte Englands in diesem Punkte vorbehaltlich habe. (Damit ist also die Bombe, die Berlinag, anscheinend im Auftrage der englischen Konservativen, im „Echo de Paris“ gegen Macdonald geschleudert hatte, wirkungslos verpufft. Red. d. „B.“)

Debatte über die Beziehungen mit Rußland.

Das Unterhaus erörterte ferner die Frage der

Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland.

für die Anfang Oktober durch die Verhandlungen zwischen dem Außenminister Henderson und dem russischen Vertreter Dawgalewski die Grundlage geschaffen worden waren.

Henderson betonte, der Sowjetregierung sei von der britischen Regierung klar gemacht worden, daß unter Verzicht auf russische Propaganda auch der Verzicht auf jede Einmischung der kommunistischen Internationalen in die inneren Angelegenheiten Großbritanniens verstanden werden müsse.

Der ehemalige konservative Ministerpräsident Baldwin wandte sich gegen die Wiederaufnahme der Beziehungen, ohne jedoch über seine eigene Anhängererschaft hinaus irgendwelchen Eindruck zu

machen. Der Führer der Liberalen, Lloyd George, ließ seinen Zweifel darüber, daß die liberale Partei die Regierung in der Frage der Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland voll und ganz unterstützen werde. Die Annahme des Antrages der Regierung ist damit gesichert.

Indiendebatten im Oberhaus.

London, 5. November. (Eigenbericht.)

Die parlamentarische Auseinandersetzung über die Erklärungen des Bizekönigs und der Arbeiterregierung hinsichtlich der Zukunft Indiens begann am Dienstag im Oberhaus mit einer Rede des ehemaligen liberalen Bizekönigs Lord Reading. Niemand, so betonte er, sei geplant gewesen, die indische Erklärung zum Gegenstand eines Misstrauensvotums zu machen. Es sei einzig und allein beabsichtigt, eine Erklärung über die Stellung der Regierung über die indische Frage herbeizuführen.

Reading brachte gleichzeitig eine Anfrage ein, in der über folgende drei Punkte Auskunft erbeten wurde: 1. über den Grund, der die Regierung veranlaßt hat, die Erklärung über Indien ohne Befragung der Indien-Kommission abzugeben, 2. ob die in den Erklärungen von 1917 und 1919 niedergelegten Bedingungen in Kraft bleiben und auch nach Umwandlung Indiens in ein Dominion Anwendung finden sollen und 3. ob die Erklärung eine Veränderung der bisherigen Politik Großbritanniens gegenüber Indien beabsichtige.

Freigelassen wurde der in Ravenna (Italien) gründlos verhaftete baltische Stadtrat Dr. Hübner.

Wiederaufnahmeverfahren Jakubowski. Die Reichstreiber Staatskammer hat in Sachen Jakubowski auf Antrag des Verteidigers das Wiederaufnahmeverfahren zugelassen.

Italienisches Schicksal eines deutschen Wanderbüchsen. Im Draufmaner Gebiet, unweit der serbisch-ungarischen Demarkationslinie, fanden bulgarische Volkspolizei die Leiche eines jungen deutschen Wanderbüchsen. Der junge Mann ist beim Ueberqueren der Grenze von serbischen Gendarmen erschossen und dann ohne jede nähere Feststellung seiner Personallien begraben worden. Eine Mitteilung an die zuständigen deutschen Behörden ist ebenfalls nicht erfolgt.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen sind nach längeren Vorbereitungen wieder aufgenommen worden.

Altdorand geht doch. Der italienische Botschafter ist zwar nach Berlin zurückgekehrt, soll aber dennoch abberufen werden, jedoch angeblich nicht im Zusammenhang mit der Entsendung des Chiffre-Schiffes, sondern nur im Rahmen eines allgemeinen diplomatischen Schubs.

Prinz Hag von Baden befindet sich infolge Verlassens der Nieren in halber Bewußtlosigkeit, im Laufe des Dienstags nahmen die Kräfte des Kranken stark ab.

Wucher mit Arzneimitteln Monopolisierung verhindert die Herabsetzung der Preise

Die Krankenkassen werden durch die chemische Industrie zu immer größeren Ausgaben für die Arzneimittel gezwungen. Dieser Leistungswucher mit Arzneimitteln nimmt nachgerade Formen an, die eine Herabsetzung durch die Gesetzgebung immer dringlicher erscheinen lassen. Einen dieser neuesten Skandale — ein gelinderer Ausdruck ist nicht möglich — betrifft das Insulin.

Das Insulin wurde durch Forscher an der kanadischen Universität Toronto entdeckt. Um nun eine Garantie zu haben, daß im Interesse der Zuckerkranken ihr Mittel nur in einwandfreier Form abgegeben wird, wurden in den einzelnen Ländern Insulin-Prüfungsausschüsse gegründet. Ein solches Komitee das meistens aus Universitätsprofessoren besteht, hat die Aufgabe, die Herstellung zu überwachen und durch ständige Prüfung die Gleichwertigkeit des Mittels zu kontrollieren. Das deutsche Komitee scheint aber seine Aufgabe auch darin zu sehen, daß es durch Schaffung eines Monopols für vier Firmen eine Senkung des Preises verhindert. Denn es wurde von den Erfindern, die im Interesse der Kranken auf jeden Gewinn aus den Nationen verzichteten, bestimmt, daß nur solche Zuckerheilmittel den Namen Insulin führen dürfen, die dazu von den zuständigen Komitees in den einzelnen Ländern ermächtigt wurden. Durch den Wucher der Technik ist es aber schon jetzt möglich, die Herstellung zu verbilligen; diesen Beweis liefert u. a. die Fabrik Seag, die ein Mittel Seagulin auf den Markt bringt, das sich bei der Nachprüfung wirkungsvoller als die anderen Mittel zeigte, die den geschützten Namen Insulin führen. Dieses Mittel kostet aber nur die Hälfte, denn 200 Einheiten Seagulin haben denselben Preis wie 100 Einheiten Insulin. Durch die Monopolisierung werden die anderen, nicht zugelassenen Firmen, die auch Insulin herstellen, veranlaßt, dieses in England, z. B. in dem berühmten Kings College Hospital und in anderen englischen Krankenhäusern auf seine Wirksamkeit nachprüfen zu lassen. Diese Insuline werden dann zum verbilligten Preis trotz Transportkosten und Einfuhrzöllen als in England geprüfte ebenso wie die in England, Dänemark usw. produzierten Insuline auf den deutschen Markt gebracht. Interessant ist der Einwand der kartellierten deutschen Firmen gegen eine Verbilligung. Sie erklären, in Holland und Dänemark sei das Vieh billiger und folglich auch die Wachsdrüsen, aus denen das Insulin gewonnen wird. Da aber die Wachsdrüsen des Rindviehs nach nicht wie das Rindfleisch zu den Nahrungsmitteln gehören, dürften diese Einwendungen hinfällig sein. Der wirkliche Grund ist, daß die kartellierten Firmen durch eine verbesserte Produktionstechnik das doppelte Quantum aus den Drüsen gewinnen, und zwar 3000 Einheiten statt 1500.

Aber auch sonst versucht die chemische Großindustrie eine Verbilligung der Krankheitskassen durch Preisüberhöhung ihrer Produktion zu verhindern. Es muß hier bemerkt werden, daß der größte Teil aller Arzneimittel aus Abfallprodukten bei der Herstellung von Anilinfarben gewonnen wird; also kann einen Geschwulstwert darstellt. Es wird ja auch in der Heilmittelindustrie angegeben, daß mit 70 bis 100 Proz. Gewinn gearbeitet wird. Auf diese Preise darf beim Verkauf der Apotheker noch 75 Proz. aufschlag, mit Ausnahme der Seren, z. B. des Diptherieserums, des Salvarsans usw., die nur mit 40 Proz. Aufschlag verkauft werden dürfen. Daß die gleichen Mittel aber auch billiger und zum Teil von den gleichen Firmen auf den Markt gebracht werden können, beweisen die Preisunterschiede zwischen morichgeschützten und nichtgeschützten Mitteln; so kostet das Pyramidon 1 Gramm 50 Pf., daselbe

Mittel mit seinem wissenschaftlichen Namen oder als Pyramidon-Erlag — hier gibt's noch die berühmte Bezeichnung „Erfolg“ wie im Kriege — verordnet, 1 Gramm 10 Pf. Das bekamte Aspirin kostet das Gramm 20 Pf., 10 Gramm 1,45 M., dagegen die Acetol-Tabletten 10 Gramm 15 Pf. Diese Liste könnte ins Unendliche vermehrt werden. Eine Hilfe von Seiten der Prominenten der Ärzteschaft ist kaum zu erwarten, da diese durch die häufig sehr gut bezahlte Gutachterstätigkeit an den Mitteln sekundär interessiert sind. Aber auch die übrigen Ärzte werden indirekt an dem Anstieg der Mittel beteiligt, indem ihnen die großen Firmen in regelmäßigen Abständen zum Teil wertvolle Geschenke machen. So wurden vor einiger Zeit an die Ärzte Montblanc-Füllfederhalter verschenkt. Zu Weihnachten 1927 bekamen die Berliner Ärzte je

zwei Flaschen alten Malaga von einer Berliner chemischen Fabrik gratis zugesandt. Aber auch das Reichsgesundheitsamt ist seinen Verpflichtungen hinsichtlich der Preisgestaltung auf dem Arzneimittelmarkt nicht nachgekommen, indem es die Förderung der Krankenkassen, die die Hauptleidtragenden durch die hohen Arzneipreise sind, bei einer Neugestaltung der Arzneitaxe nicht berücksichtigt.

Es bleibt also eine Aufgabe der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags, bei dem Ansturm der bürgerlichen Parteien auf die Sozialversicherung sich einmal in aller Deutlichkeit näher mit der Preisgestaltung auf dem Arzneimittelmarkt zu beschäftigen. Einen Weg dazu bietet die dringend notwendige Apothekenreform, die durch die Monopolisierung dieses, für die Volksgesundheit so wichtigen Berufszweiges auf eine bestimmte kapitalträchtige Schicht, immer dringender Regalierung bedarf. Bei dieser Reform wird es sich wieder einmal zeigen, inwiefern es den bürgerlichen Parteien ernst ist, praktisch mitzuarbeiten an einer Ausgabenlenkung bei der Krankenversicherung.

Oberstaatsanwalt gegen Reichsbahn. Sensationelles Zwischenspiel im Eisenbahnprozeß.

Im Verlauf der geistigen Verhandlung des Eisenbahnprozesses über das Eisenbahnunglück bei Siegelodorf in Bayern kam es zu einem eigen- und einzigartigen Zwischenfall: Der Oberstaatsanwalt lehnte sämtliche Reichsbahnbeamte als Sachverständige mit der Auffassung ab, daß die Reichsbahn-Gesellschaft bzw. die Reichsbahndirektion Nürnberg der Staatsanwaltschaft und der Polizei gegenüber nicht nur passive Resistenz geübt, sondern den beiden Behörden Schwierigkeiten jeder Art bereitet habe. Die Bedeutung dieser und weiterer Mitteilungen erfährt keineswegs eine Abschwächung dadurch, daß das Gericht schließlich zur Ablehnung des Antrages des Oberstaatsanwaltes kam. Wir lassen nunmehr den Bericht folgen:

Nach der unzuständigen Verlesung der Anklageschrift gibt der Vorsitzende eine Erklärung der Reichsbahndirektion Berlin bekannt, wonach dem als Sachverständigen Oberstaatsanwalt Cap die Genehmigung zur Sachverständigenauskunft verweigert wurde, mit der Begründung, daß er schon seit zehn Jahren nicht mehr im technischen Dienst tätig sei. Cap selbst tritt, seine Freigabe darüber, ob er ausfallen wolle oder nicht, zu vertagen. Wenn die Belastung des Prozesses auch so gelöst wird, würde er bitten, auf sein Gutachten zu verzichten. Sollte aber vom Standpunkt der Verantwortlichkeit aus Wert darauf gelegt werden, dann würde er zunächst prüfen, ob er die Schlichterpflichten, womöglich den Verlust seiner Stellung in Kauf nehmen könne.

Hierauf erhebt sich der erste Staatsanwalt und lehnte sämtliche Reichsbahnbeamte als Sachverständige ab und erbat darüber Gerichtshilfe. Die Reichsbahn-Gesellschaft hat die Reichsbahndirektion Nürnberg der Staatsanwaltschaft und der Polizei gegenüber nicht nur passive Resistenz geübt, sondern Schwierigkeiten aller Art bereitet. Staatsanwaltschaft und Polizei seien dadurch geradezu irreführt worden.

Als nach dem Anfall der Ermittlungsrichter an der Unglücksstelle wurde und seine Feststellungen traf, wurde er von einem höheren Beamten der Reichsbahndirektion Nürnberg in höchst schroffer Weise zur Rede gestellt, was er da mache.

Kap seine Erklärung, daß er der Gerichtskommission angehöre, erklärte der höhere Beamte: „Die Urfrage stellen wir Techniker selbst fest.“ Man habe der Staatsanwaltschaft auch nicht gesagt, daß an der Unglücksstelle schon früher umgebaut wurde. Als man die Leute zur Rede stellte, und die Beamten der Reichsbahndirektion fragte, wurde alles rundweg in Abrede gestellt. Als man darauf bestand, wurde erwidert, daß sei zwei Stunden westlich von Siegelodorf gewesen. Weiter führte der Staatsanwalt noch an, daß, wie aus dem Eröffnungsbeschluss hervorgeht, es sich gezeigt habe, daß die Zugmeldebücher, auf die gerade ein Sachverständiger der Reichsbahn-Gesellschaft besonderen Wert legte, gefälscht waren. Man habe Staatsanwaltschaft und Gericht nichts davon gesagt, daß die Veränderungen ohne Wissen des Beamten, der die Eintragungen gemacht habe, vorgenommen wurde.

Es sind von der Reichsbahn-Gesellschaft bzw. der Reichsbahndirektion Nürnberg über den Verlauf des Anfalles eine Reihe von Veröffentlichungen gemacht worden, die mindestens als objektiv unrichtig

bezeichnet werden müssen. Es kann ein Beispiel angeführt werden, woraus hervorgeht, daß durch die Reichsbahn-Gesellschaft nicht nur objektiv, sondern auch subjektiv eine Falschmeldung in die Presse lanciert wurde.

Die beiden Verteidiger wandten sich entschieden gegen den Antrag des Staatsanwaltes und die darin enthaltenen schweren Angriffe gegen die Reichsbahn-Gesellschaft und deren Beamte. Die Persönlichkeiten der Beamten bieten jede Garantie für ihre Unbeeinträchtigkeit und Unbefangtheit.

In der Nachmittagsverhandlung wurden verschiedene Kriminalbeamte gehört, die feinerzeit mit den Ermittlungen betraut waren. Sie bestätigten die vom Staatsanwalt aufgestellten Behauptungen. Demals erzählte Oberkommissar Eich, daß ihm ein Lokomotivführer, den er vernahm, erklärte: „Man soll eben die Verwaltung nicht beschuldigen, alle die Wahrheit nicht sagen.“ Das Gericht kam jedoch in seinem daraufhin gefällten Beschluss trotzdem zur Ablehnung des Staatsanwaltschaftlichen Antrages auf Grund der Paragraphen 24 und 74 der Strafprozeßordnung, weil ihm dieser Antrag in allen Teilen als unbegründet erschien.

Johann Kamárani:
22) **Ahe, Kosaken!**
aus dem Ungarischen
von Alexander von Sächsen-Meiningen
Copyright by Berggilde Gutenberg, Berlin.

Der Oberstol lächelte sehr spöttlich: „Aber, aber Georg, kennst du mich denn? Was soll das heißen, die Kosaken zusammenzurufen? Wer bin ich denn? Was bin ich denn? Ich halte sie alle in der Faust! Ich besorge jede Arbeit, ich erteile alle Ratschläge, ich befehle hier!“ und er lachte. „Ich bin aus einem anderen Holz, Georg!“

Und er lächelte weiter, mit großer Ueberlegenheit. Als sich mein Großvater von ihm später verabschiedete, waren sie sich darüber einig geworden, daß der Oberstol gelegentlich Brugos aussuchen werde, aber er wolle sich vorher noch die Einzelheiten überdenken.

Kurze Zeit später trat Josef Boczal ein. Die Fehen guckten aus seinen schiefen Stiefeln, er hatte einen Strohhut ohne Krempe auf dem Kopfe. Sein ganzes Gebahren strahlte vor Ueberlegenheit.

„Wo hast denn du dich wieder herumgetrieben?“ fuhr ihn der Alte an.

„In der großen Welt, wie gewöhnlich...“
Und er lehnte sich an den Kamin und fuhr mit gekrauteten Beinen fort: „Seither habe ich sämtliche Kosaken aufgesucht. Sie wurden fast ohnmächtig, als sie erfuhren, daß Bewatter Michael mit dem Tode gerungen habe. Ich habe noch eine ganze Menge dazugelogen.“

Der Alte betrachtete mit hängendem Kopfe den langbeinigen Bagabunden. Dann fragte er: „Und wann kommen sie heim?“

„Nächsten Sonnabend werden alle daheim sein. Bis dahin wünschen sie Ihnen, Bewatter Michael, bessere Gesundheit.“

„Es... ja...“, nickte der Alte, denn seine Gedanken schienen anderswo zu weilen.

Er schwiegen. Josef Boczal schob ein Zigarrenende auf seinen Stockhahn. Dann sagte er: „Bewatter Michael?“

„Ja!“ der Alte zuckte auf.

„Ich würde etwas sagen, aber nur unter vier Augen“, und er warf einen Seitenblick auf mich.

„Du kannst nur meinem Enkel reden, der ist schon befehrt. Was ist es denn?“

Der Bandstreicher kratzte sich am Kinn: „Meine Meinung ist, Bewatter Michael, daß in jener Nacht es nicht der Tod war, der Sie so verlohrt hat. Sehen Sie mich nicht so an, auch ich habe Grübe im Kopfe. Dieses Schwein Brugos hat jemanden gedungen, um Sie zu verprügeln. Glauben Sie mir.“

Der Oberstol starrte vor sich hin. Eine lange, eine sehr lange Zeit. Als er wieder sprach, erkannte ich seine Stimme kaum wieder: „Du bist ein Tölpel und daher mußt du quatschen. Der, mit dem ich kämpfte, kam splüternad auf mich los und war zwei Ellen lang... Kusch hier!“ — seine Stimme überschlug sich, „lauf weg ich dich hinaus!“ Mit mir pflegt nicht der erste beste anzubinden! Quatsche nicht!“

Josef Boczal zuckte die Achseln.
Allmählich wurde es Abend. Von Ferne vernahm man das Läuten der Herdenglocken. Der Oberstol fuhr auf und heftete seine kleinen Augen auf den Vorkämpfer: „Bist du bereit?“

Josef Boczal verstand gleich, wovon die Rede war. Er antwortete gleichmütig: „Das hängt davon ab...“

„Wie soll ich das verstehen?“ brauste der Alte auf.

„Das hängt davon ab“, wiederholte Josef, „wann ich die Bezahlung sehe. Sie wurde mir zum Herbst versprochen.“

„Hei, da brüllte der Alte los: „Mache, daß du fortkommst von hier. Sonst ohrfeige ich dich gleich, wenn ich erst aus dem Bett aufstehe! Gemeiner Schmutz! Ist denn mein Wort nichts? Und wer frist sich immer voll in meinem Hause?“

Josef Boczal versuchte zu stottern, daß er es nicht so gemeint hatte, aber der Alte wies auf die Tür: „Marich, sofort! Komme dann, wenn du gerufen wirst! Hinaus!“

Der Oberstol blieb allein und wälzte sich aufgeregt im Bett hin und her. Diese Aufregung war jedoch begründet: Josef Boczal hatte erst versucht, die Schritte des Todes anzudeuteln und erwähnte später — unerschämte genug — die Bezahlung. Der Oberstol war aufgebracht, aber er wurde langsam ruhiger. Und nach dem Abendbrot, als das Haus bereits still war, seufzte der Alte häufig. Ich dachte mir gleich, daß er wahrscheinlich den Vorschlag meines anderen Großvaters überdacht.

Worum handelte es sich eigentlich in dieser Sache? Brugos hatte die Nacht der Ebene von Respekt gekündigt, und da sich die Kosaken um die Kündigung einen Schmarren scherten, kam die Sache zum Prozeß. Seither schmiedete der Oberstol blutige Pläne. Was hätten sie aber auch begonnen, wenn sie diese Nacht verloren hätten? Auf der Ebene grasen seit einundzwanzig Jahren die Herde der Besitzer, das wenige Vieh der Kosaken und des Oberstolens (siehe, sieben Remonten. Die Eisfabriken wachsen aus den

Reihen der Kosakensöhne auf, und der ungeduldige Alte war ihr oberster Verwalter wie bei allen ihren gemeinsamen Unternehmungen. Sie hätten ja auch ohne die Nacht irgendwie weiter gelebt, denn es gab ja nichts, was sie nicht unternehmen hätten, die Armen. Aber ihrem Gefühl nach war diese Wiesenpacht der Grundsockel ihres kümmerlichen Lebens, und wenn sie sie verloren, als glitte die Erde unter ihren Füßen fort. Und die Kosaken fühlten, daß der Verwalter nur aus purer Nachprahlerei gegen sie auftrat. Er konnte es nicht mitansehen, daß sie auch ohne ihn, ja ihm zum Trotz existieren konnten. Und diese unreine Absicht des Verwalters hatte sie alle so aufgebracht. Der Oberstol spielte aus, wenn er nur seinen Namen hörte.

Und jetzt quälte sich der Alte dennoch mit dem Gedanken ab, daß er in Abwesenheit seiner Leute den Verwalter aufsuchen würde...

... Von da ab verstrichen etwa fünf Tage. Eines Nachmittags, um die Kaffezeit, ging ich, wie gewöhnlich, auf das Schloß zu.

Von der Veranda scholl mir lauter Wortwechsel entgegen. Als brüllte der Oberstol. Und als drohte ihm der Verwalter in den Pausen.

Hinter einer Biegung lautete die Vorderfront des Schloßes auf. Was ich sah, schnürte mir die Kehle zusammen.

Der Oberstol stand vor dem Ausgang der Veranda, auf seinen Stock gestützt, mit verbundnenem Kopf. Sein Geiernacken stammte zornrot. Er brüllte...

Auf der obersten Stufe der Veranda gestikulerte Brugos. Seine Augen verschwanden fast in seinem Gesicht und sein Schnurrbart zitterte, während er krächzte: „Kusch, Bauer!“

Die Hammerkäfte des Oberstolens heulten über dem Stode. Er schüttelte seine Mähne: „Selbst Bauer!“

Der Verwalter schnappte nach Luft, rätselnd: „Schmierfink!“

„Selbst Schmierfink!“ brüllte der Oberstol, „zum Teufel mit solchem Herrn!“

Er wandte mit blutunterlaufenen Augen den Kopf zur Seite. Blicke, um nicht vor Zorn zu ersticken. Er bemerkte mich.

„Fort von hier, du Nichtsnutz! Ich zerreiße dich, wenn du noch einmal hierher hettein kommst!“

Er schnaubte bereits an meiner Seite. Er ergriff mich, stieß mich vorwärts. Dann drehte er sich um und hob die Faust gegen die Veranda: „Wir rechnen noch ab!“

Brugos streifte der Schlag. Ich lief auf den Fußspitzen heim, der Oberstol immer hinter mir. Vorn übergeben eilte er über die Gartenwege, höflich fluchend. Den Stock schleppte er hinter sich am Boden nach. (Fortf. folgt)

Gäbel und Degner verhaftet.

Wegen Fluchtverdachts und Verdunkelungsgefahr.

Die beiden früher der Kommunistischen Partei angehörigen Stadträte Otto Gäbel und Gustav Degner sind im Anschluß an das Verhör durch Staatsanwaltschaftsrat Dr. Weihenberg verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis gebracht worden. Am 11. wird darüber folgende Meldung bekanntgegeben:

„In der Strafsache Klare hat der Untersuchungsrichter beim Landgericht I dem Antrag der Staatsanwaltschaft entsprechend die Voruntersuchung gegen Bürgermeister Schneider, die Stadträte Gäbel und Degner, Direktor Schünning und Stadtmagistrat Salofoski wegen des Verdachts der schweren passiven Bestechung (Bestechung unter Verletzung einer Amtspflicht) eröffnet und gegen die drei Brüder Klare wegen aktiver Bestechung der erstgenannten fünf Personen ausgedehnt. Gegen die Stadträte Gäbel und Degner ist Haftbefehl wegen Fluchtverdachts und Verdunkelungsgefahr erlassen worden.“

Wie die B.S.-Korrespondenz mitteilt, soll sich aus den Klare-Konten ergeben haben, daß Gäbel in ziemlich unverhältnißloser Bestechungsummen angenommen hat, die 30000 Mark im Jahr erreichen. Auch das Konto Degner soll ähnliche Beträge aufweisen. Gäbel wird auch vorgeworfen, daß er seinen Einfluß dahin geltend gemacht habe, daß in der kommunistischen Presse Angriffe gegen die Firma Klare unterblieben sind, obwohl aus Kreisen der von den Wohlfahrtsämtern versorgten Personen schwere Klagen über die B.S. vorlagen. Gäbel gehörte seit

1919 der Stadtverordnetenversammlung als Stadtverordneter an und wurde später unbesoldeter Stadtrat. Degner ist besoldeter Stadtrat seit dem Jahre 1925. Sein Anstellungsvertrag mit der Stadt Berlin lief bis zum Jahre 1937.

Ebenfalls nach der bereits genannten Korrespondenz soll die Staatsanwaltschaft sich entschlossen haben, auch die Eröffnung der Voruntersuchung wegen Bestechung gegen den Generaldirektor der Berliner Hafen- und Lagerhallengesellschaft, Wilhelm Schünning, zu beantragen. Die Staatsanwaltschaft glaubt, feste Anhaltspunkte dafür zu haben, daß Generaldirektor Schünning in der Zeit, als er noch Degner für die Anschaffungs-Gesellschaft war, Auskünfte und Empfehlungen für die Klare's nicht lediglich aus freundschaftlichen Motiven erteilt, sondern daß er dafür von den drei Brüdern Geschenke und finanzielle Zuwendungen erhalten habe. Generaldirektor Schünning ist über diesen Punkt gestern von Staatsanwaltschaftsrat Weihenberg vernommen worden und hat zugegeben, die Klare's an sehr viele Personen empfohlen zu haben. Schünning hat auch die Tatsache, daß er dafür entschädigt worden sei, mindestens nicht bestritten. Infolgedessen wird das Verfahren gegen ihn ebenso wie gegen Schneider fortgesetzt werden. Schließlich ist die Untersuchung wegen Bestechung auch gegen den Stadtmagistrat Salofoski beantragt worden, der Oberrechnungsrevisor bei der Hauptprüfungsstelle des Berliner Magistrats ist.

Die Behauptungen über die B.B.

Aufsichtsrat weist sie zurück. — Drolat stellt Strafantrag.

Zu den Behauptungen der „Roten Fahne“ über die Berliner Brennstoffgesellschaft und ihren früheren Direktor Drolat stellt der Städtische Nachrichtendienst mit:

Der Aufsichtsrat der Berliner Brennstoffgesellschaft m. b. H. hat in seiner Sitzung vom 5. November sich mit dem Aufsatz „Drolat hat Berlin um Millionen betrogen“ („Rote Fahne“ vom 3. November 1929) beschäftigt. Er hat den früheren Geschäftsführer Drolat, den früheren und jetzigen Geschäftsführer Schühe, den jetzigen Geschäftsführer Krille, die damaligen und jetzigen Prokuristen Siemasschel und Spier und die damaligen und jetzigen Betriebsratsmitglieder Borchardt und Gnot gehört.

Der Aufsichtsrat ist nach eingehender Befragung sämtlicher Herren zu der Überzeugung gekommen, daß die tatsächlichen Behauptungen, die die „Rote Fahne“ aufgestellt hat, unwahr sind. Betrügerische Handlungen sind nicht festgestellt worden. Die laufende Kontrolle der Hauptprüfungsstelle hat ergeben, daß die Geschäftsführung einwandfrei ist. Der Aufsichtsrat erwartet, daß der Magistrat als Geschäftslieferantenversammlung die im öffentlichen Interesse gebotenen Schritte unverzüglich unternimmt, um eine reelle Klärstellung herbeizuführen. Der Magistrat wird sich in seiner nächsten Sitzung mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

Direktor Drolat hat sofort durch seinen Rechtsbeistand Strafantrag gegen die „Rote Fahne“ stellen lassen.

Heute findet eine außerordentliche Betriebsratsversammlung der B.B. statt, am Sonntag eine Versammlung der gesamten Arbeiterschaft der B.B.

Aus Freisen des Betriebsrates wird uns folgendes mitgeteilt: In Sadowa ist kein Werksporplatz gekauft worden. Es war ein Platz gemietet, der monatlich unter 100 Mk. kostete. Der Platz in Wilhelmshagen (auf welchem sich das Erholungsheim der B.B. befindet) und das Gebäude sind offiziell aus Mitteln der B.B. bezahlt. In der diesjährigen Bilanz finden sich Ausgaben in Höhe von rund 123000 Mk. Die Gebrüder Klare haben selbstverständlich keinen Pfennig dazu beigetragen. Von den städtischen Stellen wird niemals Klobenholz, sondern nur Kiefernholz bestellt. Das wurde auch geliefert. Der Preis lag unter dem handelsüblichen. Wittenau hat stets oberstädtische Förderbohle bestellt und stets oberstädtische Förderbohle geliefert erhalten. Der Preis lag erheblich unter dem handelsüblichen Preis. Jede Fuhrer Karte, die vom Gaswerk Teget bezogen wurde, ist auf der Gaswerkswaage gewogen und mit der Originalwaage der Gaswerks an die Verbraucher geliefert worden. Es ist ein glatter Schwindel, daß falsche neue Waagen gedruckt und auf jeder dieser Karte 10 Zentner mehr als die Fuhrer eigentlich enthält, gestempelt worden sei. Die Forderung, daß für jede Fuhrer ein betrüblicher Verdienst von 20 Mark erzielt wurde, ist glatt erfunden. Nur bei Lieferung von einem der Plätze der B.B. wird auf der eigenen Waage das Gewicht festgestellt. Auch bei den Kalkulationen an die städtischen Stellen liegen die Preise unter dem Konventionspreis.

An die Siedlung in der Kadager Straße wurde mit den Originalwaagen des Gaswerks Teget geliefert. Der Verwalter der Siedlung hat die Fuhrer wiederholt stichprobenartig ander-

weitig nachzulegen lassen. Das Gewicht wurde jedesmal in Ordnung gefunden.

Als die B.B. vor Jahren die Kohlenplätze übernahm, wurden auch die dort befindlichen alten Staatswaagen mit übernommen. Die Waagen an Urbanhafen und auf dem Straker Platz gehen bis zum heutigen Tage als öffentliche Waagen, die auch von fremden Unternehmungen und von städtischen Stellen noch heute ausüben als Staatswaagen benutzt werden. Es werden dieselben Gebührens wie bei den Staatswaagen erhoben. Auf den Scheinen der Staatswaagen heißt es z. B.: Bezirksamt Tempelhof, Staatswaage Tempelhof. Bei den Waagenarten der B.B. ist die Firma: Berliner Brennstoffgesellschaft oben aufgedruckt. Der Nachmer in Schöneberg ebenso wie die Papierrollen der B.B. betreffen die Waagen Urbanhafen und Straker Platz noch immer als Staatswaagen und haben deshalb auf den B.B.-Waagen den neuen Stempel „Staatswaage“ aufgedruckt. Bei der ganzen Angelegenheit liegt in keiner Weise ein Betrag vor.

Sämtliche städtischen Stellen und sämtliche Bezirksämter erkennen das Gewicht der B.B.-Waage als amtlich an. Lohnkästen bekommt die B.B. von einer Refabrikation gratis. Von den Hauptverwaltern und der gesamten Belegschaft sind seit Jahren die Lieferungen nach Gewicht und Qualität stets in einwandfreier Weise ausgeführt worden.

Sprechstunde für Dreierliche Feiertenden. Donnerstag, 19. Uhr, Uebungsstunde, Sophienkule, Weinmeisterstr. 16/17, Gelesaal. Hauptprobe zur Koenenfeier.

Funkwinkel.

Eine Stunde war dem vor fünfzehn Jahren verstorbenen Georg Trapp gewidmet. Der Name dieses Dichters ist nur einem verhältnismäßig kleinen Kreis geläufig. Trapp lebte in der Traumwelt eines Hölzerers, einer Laster-Schüler, eines Berolme; seine Dichtungen rühren nicht an die Welt unserer Dinge, stehen fremd und verloren darin. Aber doch ist kein Werk nicht tot. Es schwingt in dem großen Rhythmus von Werden und Vergehen, in diesem ewigen Leben des Alls. Diese schönen, strömenden Verse fanden eine ausgezeichnete Interpretin in Anna Höllering. Heinrich Fischer sagte zarte und kluge Worte über Trapp; doch er sprach sie zu einer Gemeinde, die Trapp kennt und liebt. Deshalb veruchte man nicht, diese — ja nur scheinbar volkreunde — Kunst einfach und malig zu erläutern. Man soll sich doch endlich darüber klar werden, daß der Rundfunk Kunst- und Bildungsmittel für das Volk ist, der in den für die Vertägigen günstig gelegenen Abendstunden zu den Vertägigen reden muß; nicht mit billiger Unterhaltung, sondern mit jeder Art Kunst und Belehrung. Über alles, was in dieser Zeit gesagt wird, muß allgemeinverständlich geboten werden. Mit wie einfachen Mitteln das gelingen kann, zeigen die „Zehn Minuten Rille“, in denen Franziska Ring zwei Gedichte las. Sie laschte zwei Briefe des Dichters vor, aus, die über die Entstehung dieser Gedichte sprachen. Hier gab also der Dichter selber eine Erklärung zu seinem Schaffen, und die Auswahl war so glücklich getroffen, daß man sich keine einfachere Erläuterung wünschen konnte. Franziska Ring sprach die Verse, vor allem die Prosa, mit zärtlichem Verständnis. — Vom Spätnachmittag an gab es modernere und modernere Musik — von Reger bis Honegger — in schönen Aufführungen. Den Abschluß des Abends bildete angenehme Unterhaltungsmusik der Kapelle Schmidt-Boeckle. Tes.

Dorn-Maczinski weiter Spitze.

Petri-Zieh rücken vor.

Dieses Sechstagerrennen ist für die Veranstalter zweifellos ein ganz großes Geschäft: Innenraum, Tribünen und Ränge waren auch in der fünften Nacht dicht besetzt!

Die beiden Nachmittagswertungen brachten keine nennenswerten Veränderungen im Felde, das nach dem Ausschneiden der Gebrüder Wolke nun aus elf Mannschaften besteht. Bis zur

10-Uhr-Abendwertung

behalten die Akteure ein gleichmäßig ruhiges Tempo. Auch die Wertung ausgeläutet wird, wird die Fahrt nur wenig flotter. Nach 96 Stunden beträgt die Kilometerzahl 2319,00. Stundenergebnis 23,600 Kilometer. Neben kommt erst auf die Bahn, als in der vorliegenden Runde des siedenden Spurts Lonani abzieht und eine Runde wieder aufholen kann. Auch Behmann-Wissel sind mit von der Partie. Im zehnten Spurt gibt Louet das Signal zu einer wilden Jagd in deren Verlauf die Mannschaften Louet-Mouton, Schner-Kroschel, Hürtgen-Riethe und Dorn-Maczinski je eine Runde aufholen.

Zu Dorn-Maczinski den Kundengewinn mit völligen können, bleiben sie weiter alleiniges Spitzenpaar. Gegen 11 Uhr vermögen Tieh-Petri ihre Position bedeutend zu verbessern. Zunächst holen sie sich eine und etwa fünf Minuten später eine zweite Runde zurück. Beim zweiten Vorgehen Tieh-Petri geht Louet-Mouton mit und holen ebenfalls eine Runde auf. Der Stand des Rennens: Spitze: Dorn-Maczinski 75 Punkte. 1. Runde zurück: Petri-Tieh 102, Hürtgen-Riethe 89 Punkte. 2. Runden zurück: Krüger-Funda 265, Schner-Kroschel 102 Punkte. 3. Runden zurück: Goofens-Deneef 137, Louet-Mouton 135, Rauten-Schön 89 Punkte. 4. Runden zurück: Wauters-Bermantel 62 Punkte. 5. Runden zurück: Lonani-Regrini 74, Wissel-Behmann 70 Punkte.

Freispruch im Langanke-Prozess.

Der Angeklagte jedoch der Tat dringend verdächtig.

Die große Strafkammer beim Landgericht I sprach gestern den Schuhmacher Langanke, von der Anklage der Blutschande und der Notzucht an seiner zwölfjährigen Tochter frei.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende u. a. aus: Man darf nicht Kinder auslegen von vornherein als unglaubwürdig bezeichnen. Täte man das, so gingen Sitzlichkeitsverbrechen an Kindern fast ausnahmslos straffrei aus. Was die Glaubwürdigkeit der Erica L. betrifft, so kann man ihre Aussagen nicht als Produkt der Phantasie bezeichnen. Sollte sie die Unwahrheit gesagt haben, so muß sie das bewußt getan haben. Eine derartige Verkommenheit traut das Gericht ihr aber nicht zu. Sie ist trotz wiederholter Vorhalte bei ihren Beschuldigungen geblieben, und ihre Aussage wird von der Mutter, die einen glaubwürdigen Eindruck macht, unterstützt. Bei der Bewertung der Aussage von Erica war aber zu berücksichtigen, daß sie Ursache hatte, die Unwahrheit zu sagen, da sie fürchten mußte, wie sie selbst angab, von dem Vater folgeschlagen oder von der Mutter hinausgeworfen zu werden, falls der Vater ihres Kindes ein fremder Mann gewesen wäre. Zugunsten des Angeklagten sprach ferner die Unwahrscheinlichkeit Ericas in zwei Punkten: der Fürsorger, der um sie bemüht war, war von ihr fälschlich beschuldigt worden und der Termin, an dem die Tat stattgefunden haben sollte, kann nicht stimmen. Alle Parteien waren eifrig bemüht, die Unschuld des Angeklagten festzustellen, und das Gericht hätte ihm gern seine Unschuld bescheinigt. Nach dem Verlauf der Beweisaufnahme war das jedoch nicht möglich. Dem Angeklagten bleibt nach wie vor der Tat dringend verdächtig, und nicht mehr als zehn Prozent fehlen zu einem Schuldig...

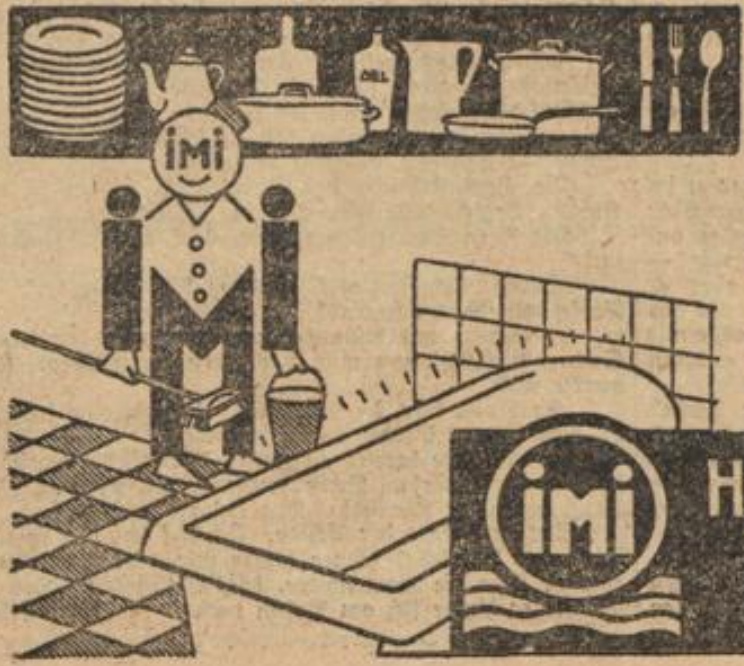
Man wird sowohl dem Urteil als auch dessen Begründung durch den Vorsitzenden zustimmen müssen. Der Eindruck von dem Angeklagten und der kleinen Erica war: Die Tochter sagt in diesem Punkte die Wahrheit, der Vater konnte es gewesen sein. Urteile können aber nicht auf Grund von Eindrücken gefällt werden; der letzte Beweis der Schuld des Angeklagten fehlte, so mußte er freigesprochen werden.

Zwei Städte unter Lava und Asche.

Das furchtbare Vulkanunglück in Guatemala.

London, 5. November.

Wie aus Guatemala gemeldet wird, sind die Städte Jluca und El Patrocinio mit ihrer gesamten Bevölkerung von der Lava und der glühenden Asche des Vulkans Santa Maria begraben worden. Bis jetzt konnten erst 27 Leichen freigelegt werden. Die Rettungsurheilen des Militärs, des Roten Kreuzes und der Freiwilligen wurden durch den starken Regen sehr behindert.



Was Sonnenglanz im Leben verschönt, macht bei Ihren Geschirren!

Das ist ein Funkeln und Glitzern, ein Strahlen und Blitzen, eine Augenweide ohne gleichen! Diamantenklar und rein wäscht die Porzellan-, Glas-, Kristall-, Stein- und Metallgeschirre. Kein Hauch, kein Schleier bleibt zurück. Husch, husch, so fliegt das Fett von dannen! Husch, husch, so wird der Schmutz verjagt! Für gibts kein Hindernis. Die schmutzigsten Gegenstände, wie Spülsteine, Bedewannen, Putz- und Bohnertücher, Mops, Fensterrahmen, Fußböden, — neu wird alles schnell durch Welche Bequemlichkeit, welche Zeitersparnis! — durch



Henkels Aufwasch-Spül- und Reinigungsmittel
für Haus- und Küchengerät aller Art
Hergestellt in den Persilwerken

Krematorium Treptow wird erweitert.

Wie stark die Zunahme der Feuerbestattungen ist, kann man an dem Betrieb der Krematorien Berlins ersehen. Das Krematorium Treptow (Baumschulenbergweg), das im Jahre 1913 eröffnet wurde, hat bereits durch umfangreiche Umbauten erweitert werden müssen.

Der Erweiterungsbau wurde schon im Jahre 1924 beschlossen, aber die im Sommer 1925 begonnene Bauausführung ist erst im Jahre 1929 zu Ende gekommen. Bei einer Besichtigung, zu der das Bezirksamt Treptow die Presse eingeladen hatte, konnte man sich von der Zweckmäßigkeit der ganzen Anlage überzeugen. Bürgermeister Grunow und Stadtrat Bessen leiteten die Besichtigung. Durch zwei dem älteren Gebäude angefügte Flügelbauten ist es möglich geworden, das Krematorium auf die dreifache Leistungsfähigkeit zu bringen. Es hat jetzt zwei Oefen, und ein dritter soll noch hinzukommen. Auch drei Hallen zu Leichenfeiern sind jetzt vorhanden, so daß gleichzeitig mehrere Bestattungen möglich sind. Vor der Erweiterung konnten mit dem einzigen Ofen in 24 Stunden 18 Leichen eingeschickt werden. In der einzigen Halle wurden einmal an einem Tage von morgens 8 Uhr bis abends 10 Uhr in 14 Stunden 26 Leichenfeiern abgehalten. Man sieht, wie nötig die Erweiterung war. Die neuen Räume zur Aufbewahrung der Leichen sind sehr reichlich bemessen worden. Ein zweigeschossiger Bau, der den Hof im Halbkreis umgibt, kann 300 Särge aufnehmen. Bei den Erweiterungsbauten sind alle Erhöhungen, die bisher im Krematorium Treptow und in anderen Krematorien gemacht wurden, nach Möglichkeit verwertet worden. Besonders wurde darauf geachtet, daß die Räume zur Leichenaufbewahrung hell und luftig sind. Die in den Flügelbauten untergebrachten neuen Hallen zu den Leichenfeiern haben eine würdige Ausstattung erhalten, die dem Ernst ihres Zweckes entspricht. Sie sind kleiner als die alte Halle und werden daher besonders für Leichenfeiern erwünscht sein, die eine geringere Zahl von Teilnehmern erwarten lassen. Man darf hoffen, daß jetzt das Krematorium Treptow auf lange Zeit hinaus der wachsenden Bevölkerung genügen wird. In den letzten Jahren wurden dort jährlich etwa 4000 Leichen eingeschickt. Mit drei Oefen kann die Leistungsfähigkeit auf täglich 40 bis 50 Einschickungen gesteigert werden, so daß an 300 Einschickungstagen eines ganzen Jahres mehr als 12000 Einschickungen geleistet werden könnten. Das Bezirksamt hat auch dafür gesorgt, daß der Friedhof als Stätte zur Beilegung der Ashenreste würdig ausgestattet wurde. Auch hier ist eine Erweiterung durch bereits erworbenen Gelände vorgesehen, so daß er zu einem Zentralfriedhof für die südlichen und östlichen Teile Berlins werden kann.

Außenbezirke werben zur Wahl!

Gemeinwirtschaft und bürgerliche Profligier.

In Johannisthal sprach der Bürgermeister des Treptower Verwaltungsbezirkes, Genosse Grunow, über das Thema „Berlin vor den Wahlen“.

Er wies darauf hin, daß die Sozialdemokratie die erste Partei war, die sich ein besonderes Kommunalprogramm schuf, während die bürgerlichen Parteien nur ihren Profitsinn in den Kommunen freien Lauf ließen. Dem Eindringen der sozialdemokratischen Vertreter in die Gemeindefunktionen, das eine ganz neue Epoche in der Gemeindepolitik einleitete, wurde von oben her früher der schärfste Widerstand entgegengesetzt. Bisher wird von den Ge-

Oeffentliche Wählerkundgebungen

Heute, Mittwoch, den 6. November:

Charlottenburg 51. Abt. 20 Uhr im Wohlfahrtsaal, Königin-Elisabeth-Straße 6 Filmvorführung: Was wir schufen. — Referentin: Stadtverordnete Dr. Käthe Frankenthal.

Charlottenburg 55., 56. Abt. 19½ Uhr im Edenpalaß, Kaiser-Friedrich-Straße 24. — Referentin: Mathilde Wurm, M. d. R.

Friedrichshagen. 20 Uhr im großen Saal des Gesellschaftshauses, Friedrichstr. 187. Referenten: Stadtverordnetenvorsteher Johannes Haß und Bezirksverordneter Max Tolkdorf.

Kallenberg/Alt-Glienice. 19½ Uhr im Lokal „Deutsches Haus“, Alt-Glienice, Grünauer Str. 55, Filmvorführung: Freie Fahrt. Referentin: Stadtverordnete Minna Lodenhagen.

Mahlsdorf. 20 Uhr im Lokal „Nordstern“, Hönower Straße 49. Referent: Stadtverordneter Willi Riese.

Wilmersdorf. 19½ Uhr im Viktoriagarten, Wilhelmstraße 114/115. — Referent: Genosse Orzefinski, Minister des Innern.

Morgen, Donnerstag, den 7. November:

Brenzlauer Berg 24. und 25. Abt. 19½ Uhr im Allersheim, Dargitzer Str. 62. — Referent: Georg Maderholz, M. d. R.

Neukölln 95. Abt. 19½ Uhr im Lokal Fredersdorf, Jägerstraße 3. — Referent: Bürgermeister Alfred Scholz.

Neukölln 90. Abt. 19½ Uhr in der Aula des Kaiser-Friedrich-Realgymnasiums, Kaiser-Friedrich-Straße 208/210. — Referent: Stadtrat Karl Schneider. Thema: Sozialistische Kommunalarbeit in der Jugendwohlfahrt. Außerdem Filmvorführung.

Lichtenberg. 19½ Uhr im Cecilian-Anzeum, Rathausstr. Vortrag: Sozialistischer Aufbau in Lichtenberg. Referent: Stadtverordneter Ernst Arndt. Vortrag: Warum müssen wir Frauen sozialdemokratisch wählen? Referentin: Käthe Kern.

Röppnick. 19½ Uhr im Stadttheater, Friedrichstr. 6. Referent: Stadtrat Ernst Reuter. — Anschließend Filmvorführung: „Die sozialen Einrichtungen der Stadt Berlin.“

Tempelhofer. 19½ Uhr in der Aula der Volksschule, Wittelsbacher Korso 48. — Referent: Stadtrat Siegfried Hermes.

Zehlendorf. 19½ Uhr im Lokal Kaiserhof, Potsdamer Str. — Referent: Genosse Matern.

Lichterfelde. 19½ Uhr in Hennigs Festhallen, Lichterfelde-Ost, Am Bahnhof Lichterfelde-Ost. — Referent: Stadtverordneter Hermann Lemper.

Lichtenrade. 19½ Uhr im Lokal Bohm, Kantstr. 42. — Referent: Stadtverordneter Robert Rohde.

Jungwählerversammlung für Neukölln und Kreuzberg am Donnerstag, 7. November, 19½ Uhr, in Rabes Festhallen, Fichtestr. — Referent: Dr. Kurt Löwenstein, M. d. R.

Männer und Frauen, erscheint in Massen!

meinden Unmögliches verlangt, weil ihre Machtwortsmacht und ihre Finanzkraft überschätzt werden. Die Sozialdemokratie beschränkt sich nachgedrungen auf diesen Rahmen, innerhalb dessen sie das Mögliche schafft, weil sie weiß, daß nur so wirklich Positives getan werden kann. Den Rahmen zu erweitern, ist die Aufgabe der Reichs- und Länderpolitik. Die SPD. handelt dabei in verantwortungsbewußtem Gegensatz zu den sinn- und istslosen kommunistischen Forderungen. Wie wenig ernst die Kommunisten ihre Aufgaben nehmen, ist zu ersehen aus der verbrecherisch-leichtsinnigen Handlungsweise des kommunistischen Stadtrats Gabel beim Abschluß des Stareffschen Monopolvertrages, der föhlich der Sozialdemokratie in die Schuhe geschoben wird. Sind in unseren Reihen bestechliche und korrupte Elemente, so werden wir sie entfernen. Nichts anderes kann auch die SPD. und können auch die anderen Parteien tun. Ganz klar wird die demagogische Ausschlagung des Falles, wenn man die Forderungen in Betracht zieht, die die bürgerlichen Sozialistengegner mit der Empörung über die Verfehlungen massieren. Sie wollen die von der Stadt im Interesse der werftigenen

Bevölkerung zentralisierten gemeinnützigen Unternehmungen wieder der Ausbeutung durch kapitalistische Interessenten zuführen. Diese Interessentenpartei wollen die sozialen Leistungen der großen Gemeinde Berlin abbauen, die auf dem Gebiete des Verkehrs, der Wohlfahrt, der Jugendfürsorge, der Natur- und Schutzpolitik, des Gesundheitswesens geschaffen wurden, Leistungen, die notwendig sind, in einem so riesigen sozialen Organismus wie Berlin. Im Treptower Bezirk ist auf diesem Gebiet schon mehr geleistet worden als in anderen Gemeinden. Der Wohnungsbau kann leider nicht so gefördert werden, wie es nötig wäre, weil Berlin seinen Anteil am Hauszinssteuereinkommen nicht erhält. Der Schulneubau und die Schulpolitik haben ganz neue Ziele bekommen.

Der systemlose Straßenbau der früher selbständigen Gemeinden hat besonders den Bezirk Treptow durch notwendigen Um- und Neubau belastet. Straßen nach Grünau, Köpenick, Karlshorst und Mühlbe werden ausgebaut. Volkshochschulen, Volkshäuser, Kinderheime sollen aufgebaut werden, die dem großen Bezirk noch sehr fehlen. Diese Ziele des Allgemeinwohls zu verwirklichen, ist das Ziel der Sozialdemokratie!

Mittwoch
Dienstag!

Wie herrlich!

Alle 3 Kleinen mit moderner, warmer Winter-Kleidung versehen

Und was hat das bei uns gekostet?
insgesamt 30 Mark

Fabelhaft, nicht wahr? Und das erklärt auch das goldige Lachen der Zufriedenheit auf aller Gesichter.

Aber so gut und so billig können auch Sie bei uns kaufen!

Mittwoch ist wieder da — nehmen Sie Ihre Kleinen bei der Hand, und—

GEHEN

SIE ZU



Lotte
Mollig-werner Wintermantel, schön verarbeitet, hübscher Plüsch-Rollkragen, Rückengürtel. Für 2 l. (and. entsprechend) **5 75**

Liese
Praktischer Mantel: gute Phantasieware schön gemustert. Beste Verarbeitung, molliger Plüsch. Für 5 l. (and. entspr.) **14 75**

Bob
Moderner praktischer Ulster mit Rundgurt: mollig-warm, mit Keros-Fancyfutter. Für 5 bis 6 Jahre (and. entsprechend) **9 50**

Oranienstr. 40 am Oranienplatz
Herrn- bzw. Knaben-Kleidung in den beiden Chaumontstr. 113 Königsstraße 33
Geschäften: Charlottenstraße und Königsstraße sowie Stresemann-Straße am Bahnhof Alexanderplatz

Die obigen Angebote stehen Ihnen ab Mittwoch zur Verfügung! — Schriftliche Bestellungen können nicht berücksichtigt werden!

Die Geldwirtschaft der Beamten.

Zum Drama der Bank für Deutsche Beamte.

Beamtenwarenwirtschaft und Beamtengeldwirtschaft sind seit jeher zwei heftig umstrittene Gebiete gewesen. Schon in der Vorkriegszeit haben namentlich die Kreise des Einzelhandels gegen die Versuche lokalen, oft nur behördenmäßigen Warenverkehrs der Beamten häufig über die Parlamente Vorstöße unternommen. Diese nicht gerade immer zugunsten der Beamten verlaufenen Aktionen haben aber die fortschreitende Ausbreitung und Zentralisierung der Beamtenwarenwirtschaft nicht verhindern können. Die allgemeine Wirtschaftsentwicklung der Nachkriegszeit hat diese Tendenz verstärkt. Soweit Gründungen auf gemeinnütziger Grundlage in Frage kommen, waren Beanstandungen erst dann gerechtfertigt, wenn Unfähigkeit oder Verantwortungslosigkeit der Leitungen dazu Anlaß boten. Wo aber der gemeinnützige Boden verlassen worden ist und privatkapitalistische Mächte das Heft in die Hand bekommen, hätte von vornherein — gerade auch von der beamtengewerkschaftlichen Führung — offen Farbe bekannt werden müssen, und zwar im Interesse der Beamten, im Interesse einer

reinen Beamtenbewegung.

Das ist leider nicht immer geschehen und geschieht auch heute noch nicht. Große Beamtenorganisationen zerschneiden zwar, gedrängt aus der eigenen Mitgliedschaft, das ohnehin nicht immer sauber gebliebene Verhältnis zwischen Beamtenbewegung und Beamtenwarenwirtschaft; was aber nicht diese Konnotation, wenn zunächst hinterherum, später aber ganz offen von maßgeblicher Seite die Notwendigkeit solidarischer Haltung beider Lager zueinander verkündet wird. Rein, es hilft nichts. Wer die Erfahrungen auf dem Gebiete der Beamtenwarenwirtschaft die letzten Jahre für die Praxis von Gegenwart und Zukunft nicht auszuwerten versteht, sollte nicht den Sachverständigen spielen, wo ihm das Sachverständnis fehlt. Das ist ja überhaupt ein hervorragendes Merkmal an den Fehlschlägen auf den Gebieten der Beamtenwarenwirtschaft und der Beamtengeldwirtschaft, daß, gestützt durch mißverständliche Erfolge der Privatwirtschaft, sich auch aus der Beamtenbewegung Menschen in den Vordergrund drängen, die meinen, die gleichen Erfolge für die Beamtenwirtschaft herauszuholen zu können, weil sie als Einzige sich als König unter den Blinden fühlen.

Nicht immer geraten sie aus eigener Schuld auf die schiefe Ebene, aber ihre Unkenntnis der tiefsten Zusammenhänge in der Wirtschaft verleitet sie fast immer dazu, sich kaufmännischen Kräften anzuvertrauen, die natürlich — muß man es ihnen verdenken? — Wirtschaft auf anderer Grundlage als auf gemeinnütziger treiben.

Beamte sollen die Hände von der Wirtschaft lassen!

Sie gehören in die Bureaus, in die Betriebe. Wenn sie hier auscheiden, um ihre Kraft der ehemaligen Kollegenchaft auf dem Gebiete der Beamtenwarenwirtschaft zur Verfügung zu stellen, dann müssen sie vorher den Nachweis der Fähigkeit und des Scharnsens erbracht haben.

Was hier von der Beamtenwirtschaft gelagt wurde, gilt selbstverständlich im gleichen, ja höheren Maße von der Beamtengeldwirtschaft. Die Bank für Deutsche Beamte hat dieser Tage ihre Rassen wegen Mangel an Zahlungsmitteln schließen müssen. Gestern war es die Zeitschrift der Berliner Beamtenvereinigung, heute verschwindet die Bank für Deutsche Beamte aus der Reihe der noch ernstzunehmenden Beamtenbankinstitute — wer wird morgen dran sein? Es knistert im Gebäl.

Müßig scheint es uns, auch im Falle der Bank für Deutsche Beamte den Spuren der unheilvollen Mitwirkung privatkapitalistischer Kreise nachzugehen. Wir fragen vielmehr, ob die Beamtenwirtschaft im ganzen nicht endlich Front machen will gegen die Lockungen der Profitmacher aus den eigenen Reihen, die nach Unglücksfällen der Art der Bank für Deutsche Beamte sich bestenfalls mit dem Ausdruck des Bedauerns aus der Affäre zu ziehen versuchen. Sie sind und bleiben die eigentlichen Verantwortlichen, und kein Gott wäscht die an dem neuesten Bankunfall Beteiligten von der Schuld rein, die sie durch Anwendung von Jobbermethoden auf sich geladen haben. Das eine haben diese „Wirtschaftsführer“ schon jetzt erreicht,

daß sie die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Beamtengeldwirtschaft gelenkt haben. Deutsche Bank und Diskontogesellschaft erklären sich zur Hilfsaktion für die geschädigten Beamten bereit. Die Tagespresse legt den Finger in die offene Wunde. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt u. a.: „Die Beamtenersparnisse scheinen uns an anderer Stelle besser aufgehoben als in einem Institut, das keine erkennbaren Sonderaufgaben für die Beamten zu erfüllen hat und den schwierigen Aufgaben des Bankgeschäfts in seiner Führung offensichtlich nicht gewachsen war.“

Und wie stellen sich die Behörden auf den jüngsten Banksturz ein? Post und Eisenbahn erinnern an ihre bereits erlassenen Warnungsurteile. Und die preussische Regierung läßt durch die Presse verlautbaren: „Die preussische Regierung ist mehrfach bei dem Zusammenbruch der Bank für Deutsche Beamte öffentlich darauf hingewiesen worden, daß sie die Pflicht gehabt hätte, ihre Beamten vor der Einlage von Geldern in die Bank rechtzeitig zu warnen und eine Untersuchung über den Stand der Bank rechtzeitig vorzunehmen. Demgegenüber erklärt die preussische Regierung, daß sie ein Untersuchungsrecht überhaupt nicht gehabt habe und auch zu einer Warnung schon deshalb nicht berechtigt gewesen sei, weil die Bank mit Recht darin eine Geschäftsschädigung hätte erblicken können. Trotzdem habe die preussische Regierung aber die zuständigen Beamtenräte schon vor zwei Monaten darauf aufmerksam gemacht, daß nach bestimmten Mitteilungen der Stand der Beamtenbank recht ungünstig sei. Das habe aber die Beamten nicht gehindert, ihre Ueberweisungen auch weiter an die Beamtenbank durchzuführen zu lassen.“

In dieser Pressenotiz ist zweifellos erst der Auftakt für die zu erwartende Ablehnung der bisherigen Methode der Gehaltsüberweisung an die Beamtenbanken zu sehen. Die Prüfung des Sicherheitsfaktors wird an Bedeutung gewinnen. Vielmehr begreifen auch die Beamtenorganisationen, daß sie diesem Zwecke ihrer Bewegung ihre Aufmerksamkeit in ganz anderem Maße wie bisher zuwenden müssen. Ja, es ist doch wohl nicht so ganz abwegig, daran zu denken, daß die zwischen der Bank für Deutsche Beamte und der Beamten-Zentralbank spielenden Vorgänge Anlaß zu einer

Revision des Systems der Beamtengeldwirtschaft bietet.

Was soll denn werden, wenn alles bleibt, wie es ist? Schon wieder geht ein Raunen um, daß eine andere Beamtenbank in Schwierigkeiten geraten sei. Kann das, so muß man doch fragen, die Beamtenwirtschaft auf die Dauer ertragen, ohne sich durch diese anscheinend noch nicht geschlossene Reihe von Bankzusammenbrüchen im öffentlichen Wirtschaftsleben in vollkommeneren Mißtrauen für den einzelnen schon schlimm genug wenn aber, erst einmal der Beweis offen zutage liegt, daß, ganz gleich mit welcher Begründung, die Beamten in ihrer eigenen Geldwirtschaft verlegt haben, dann muß man sich rechtzeitig vor Augen halten, daß dieser Prestigeverlust sich auch auf die Beamtenpolitik auswirken wird.

Es fragt sich deshalb doch, ob es nicht besser ist, entweder aus eigener Initiative eine Vereinigung der personellen Linie vorzunehmen, oder Wege zu suchen, deren Befreiung auch die letzten Möglichkeiten immer wieder erlicher Zusammenbrüche abriegelt. Niemand wird leugnen wollen, daß dieser neueste Beamtenbanksturz über das Interesse der betroffenen Schichten weit hinausreicht. Hier herrscht ein volkswirtschaftliches Problem in der Lösung, und zwar nicht nur in beamtenpolitischen Sinne, sondern auch als Angelegenheit der Allgemeinheit. Im Augenblick allerdings muß jedes Mittel begrüßt werden, das zu einer Befreiung der geschädigten Kreise führt. Nur darf durch eine an die nichtbeamtete Öffentlichkeit gerichtete Mahnung nicht leichtfertig der Eindruck hervorgerufen werden, als ob nur den Beamten dieser Hinsicht hätte passieren können. Uebrigens aber fann man nur wünschen, daß die Beamten selber zupacken und ohne Rücksichtnahme auf Personen einen Zustand beenden, aus dem schon so viel Unheil für sie entstanden ist. Alb. Falkenberg, M. d. R.

Schweigjame Harpener Bergbau A. G. Falsche Nachricht des Berliner Börsenvorstands.

Der größte deutsche Zechenkonzern, die Harpener Bergbau-Aktiengesellschaft in Dortmund, hatte im Frühjahr dieses Jahres bei ihrem Abschluß für 1928 ihre Dividendenzahlung demonstriert eingestellt. Obwohl die Kohlenförderung sich gegenüber der Hochkonjunktur von 1927 nur um etwa 8 Proz. verringert hatte, wurde ein Reingewinn ausgemessen, der mit 818.000 M. knapp ein Achtel des vorjährigen Ertrages ausmachte. Da der demonstrative Charakter dieser Bilanz allzu durchsichtig war, blieb der Eindruck in der Öffentlichkeit gleich Null.

Inzwischen hat der Konzern sein Kapital um 25 auf insgesamt 125 Millionen Mark erhöht. Zur Einführung ihrer neuen Aktien gibt die Harpener Bergbau-Aktiengesellschaft jetzt einen Börsenprospekt heraus, in dem der Stand des Unternehmens vom 30. Juni 1929 niedergelegt ist. Danach haben die Becksanlagen eines weiteren Zuwachs von fast 10 auf insgesamt 167,5 Millionen Mark zu verzeichnen. Infolge der Kapitalerhöhung verfügt das Unternehmen über starke flüssige Mittel, die in einer Ausfüllung des Bankkontos von 8,9 auf 17,0 Millionen Mark zum Ausdruck kommen. Weitere Guthaben und Forderungen werden mit 20,6 gegen 19,2 Millionen ausgewiesen. Da andererseits die Schulden um mehr als die Hälfte bis auf 15 Millionen zurückgezahlt werden konnten, ist die erhebliche Besserung der Finanzverhältnisse bei Harpen nicht allein auf die Kapitalerhöhung, sondern zum großen Teil auch auf die Konjunkturgewinne in der ersten Hälfte dieses Jahres zurückzuführen.

Es muß sehr bedauern sein, daß der Börsenvorstand nicht darauf gedrungen hat, daß die Gesellschaft nähere Angaben über die Umsatzentwicklung in den letzten Jahren macht. Diese Rücksicht bei dem Börsenprospekt deutscher Großkonzern steht in offenem Gegensatz zu den scharfen Forderungen, die bei der Börseneinführung von Aktien mittlerer und kleinerer Unternehmen vom Börsenvorstand gestellt werden. Diese Ausnahmebehandlung großer Konzerne scheint uns völlig falsch, am Blage zu sein. Ferner vermißt man bei der Kennung der Abschließen die Ergebnisse des ersten Halbjahres 1929, welche die Gesellschaft ohne weiteres nennen müssen, da sie auch sämtliche Bilanzveränderungen zum 30. Juni 1929 angibt.

Die Belegschaft des Konzerns belief sich Ende Mai auf 22.555 Arbeiter und 1596 Beamte. Nach der glänzenden Konjunktur im Frühjahr und Sommer wirkt die Ankündigung einer Dividende für das laufende Jahr nicht überraschend.

Wachsender Verkehr bei der Reichspost. Zahl der Rundfunkteilnehmer auf 2,84 Millionen gestiegen.

Die Deutsche Reichspost veröffentlicht jetzt ihren Bericht für das zweite Quartal des laufenden Betriebsjahres 1929/30. Die Verkehrsahlen sind vom Juli bis September gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres in fast allen Abteilungen weiter gestiegen. So hat der Brief- und Päckchenverkehr eine Zunahme um 19 Proz., die Zahl der Funktelegramme um 11 Proz. und die Zahl der Postaufträge einen Zuwachs von 14 Proz. zu verzeichnen. Der Paket- und Telegrammverkehr erreichte nicht ganz die Ergebnisse des Vorjahres.

Bemerkenswert ist, daß im Postfachverkehr 181 Millionen Buchungen über 38,2 Milliarden Mark ausgeführt wurden, wovon 20,6 Milliarden oder 53,3 Proz. bargeldlos beglichen wurden. Im Auslandsfunkverkehr wurden in der Berichtszeit rund 600.000 Funktelegramme verarbeitet gegenüber 544.000 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Zahl der Rundfunkteilnehmer ist weiterhin auf 2,84 Millionen gestiegen. In den drei Berichtsmonaten sind 238 Schwarzhörner rechtskräftig verurteilt worden.

Im Rassenabschluß für das Berichtswertjahr werden die Einnahmen insgesamt mit rund 365 Millionen, die Ausgaben mit rund 305 Millionen Mark ausgewiesen.

Drenstein & Koppel gut beschäftigt.

Wie die Verwaltung von Drenstein u. Koppel in Berlin mitteilt, war der Umsatz in den ersten Monaten des laufenden Jahres infolge der Frostperiode sowohl bei dem Stauunternehmern wie auch bei den Lohngesellschaften geringer als im Vorjahr. Im weiteren Verlauf des Jahres hat sich jedoch dann eine gewisse Besserung durchsetzen können, so der insbesondere Baggonaufträge der Reichsbahn beitragen.

Die Gesellschaft hat sich auch weiterhin in verstärktem Maße dem Bau von Motor-Lokomotiven zugewandt. Auch auf den Ausbau des Auslandsgeschäftes, das in der Vorkriegszeit eine der stärksten Säulen des Drenstein u. Koppel-Konzerns war, wird weiterhin größter Wert gelegt. Da zur Zeit der letzten Generalversammlung im Mai d. J. der bei Drenstein u. Koppel vorliegende Auftragsbestand auf 65 bis 70 Millionen zu schätzen war, dürfte die gute Beschäftigung bei diesem Berliner Großunternehmen noch auf Monate hinaus gesichert bleiben.

Was der Freigabe des Beschlagnahmten deutschen Eigentums in Amerika hat die Gesellschaft bisher 1,2 Mill. bar ausgezahlt bekommen, während eine Restforderung von 800.000 M. noch aussteht. Bei einer sehr vorläufigen Dividendendepotit wurden die Aktionärsgewinne in den letzten drei Jahren um je ein Prozent von 4 bis auf 6 Proz. heraufgeleht.

Das Kaligeschäft im Oktober.

Die Abladungen der zum Deutschen Kaligehilfen gehörenden Kaliverke im Oktober 1929 betragen 791.887 Doppelzentner Reinkali gegen 765.290 Doppelzentner Reinkali im gleichen Monat des Vorjahres. Die Abladungen in den ersten sechs Monaten (Mai bis Oktober) des laufenden Düngejahres betragen 3.623.209 Doppelzentner Reinkali gegen 3.923.593 Doppelzentner Reinkali in den ersten sechs Monaten des Düngejahres 1928/29. In den ersten zehn Monaten des laufenden Kalenderjahres wurden von den Kaliverken insgesamt 12.171.600 Doppelzentner Reinkali gegen 12.317.723 Doppelzentner Reinkali in der gleichen Zeit des Vorjahres verhandelt.

Die UEG. in Rumänien. Eine unter Führung der UEG. stehende deutsche Gruppe hat jetzt mit Rumänien einen Vertrag über die Errichtung einer großen Ueberlandzentrale abgeschlossen. Zur Durchführung dieses großen Bauunternehmens soll eine rumänische Gesellschaft mit einem Kapital von 500 Mill. bei 10 Mill. Mark) gegründet werden. In diese neue Gesellschaft sollen die von der Regierung bereits erteilten Konzessionen für die Elektrizitätsverteilung des früher ungarischen Banats und Siebenbürgens eingebracht werden.

Finanznot der Städte.

Schwierigkeiten in Zweibrücken. — Verleoverträge in Düsseldorf. — Lombarddarlehen in Berlin.

Die kürzliche Aktion des Deutschen Städtetages hat klar gezeigt, wie außerordentlich dringlich das Problem der kurzfristigen Verschuldung der Städte geworden ist, nachdem auf der einen Seite die Aufgaben der Städte immer härter und auf der anderen Seite die Mittel zur Durchführung dieser Aufgaben weder auf dem steuerlichen noch auf dem Anleihewege beschafft werden können. Der Ernst des Problems wird dadurch außerordentlich verschärft, daß Industrie- und Finanzkapital unter Aufgehob aller politischen und finanziellen Macht daran arbeiten, den Herrschaftsbereich des Privatkapitals auf Kosten der öffentlichen Wirtschaft zu erweitern.

Wie groß die Schwierigkeiten der steuerlichen Einnahmeheschnungen bereits sind, zeigt wieder ein Fall aus der Pfalz, wo allerdings durch die Befreiung und durch die Eingliederung des Saargebiets in das französische Zollgebiet besondere Verhältnisse vorliegen. Die Finanzlage der Stadt Zweibrücken ist so schwierig geworden, daß die Stadt im Monat November nur die Hälfte der Beamtengehälter auszahlen konnte. Auch die Begleichung anderer Rechnungen mußte zurückgestellt werden, wenn die Stadt auch hofft, bis zum 15. November wenigstens ihre Gehaltsverpflichtungen gegenüber den Beamten erfüllen zu können.

Wie ernst sich die schlechte Finanzlage der Städte hinsichtlich des Schicksals der öffentlichen Werke auswirkt, zeigt der Stand der Verhandlungen der Stadt Düsseldorf einerseits und der privaten Ruhrgas-A. G. Essen und dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk andererseits. Die Stadt Düsseldorf steht als Metropole des rheinisch-westfälischen Industriegebiets gewiß klar unter dem Druck der Schwerindustrie. Gerade Düsseldorf aber war bisher auf das ernfeste bemüht, die Unabhängigkeit der kommunalen Finanz- und Werkspolitik gegenüber dem Zugriff der Schwerindustrie zu wahren. Nicht zuletzt deshalb ist die Stadt Düsseldorf auch heute noch Besitzerin eines größeren Aktienpostens des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks. Dennoch ist die Finanzlage der

Stadt so schwierig, daß sie an weitgehenden Kompromissen mit dem privaten Zechen- und Elektrokonzern der Ruhr-Rheingebiets nicht vorbeikommt. Es wird nicht nur zwischen Düsseldorf und der Ruhrgas-A. G. Essen über einen Gaslieferungsvertrag verhandelt, der die Selbstständigkeit der kommunalen Werke einschränkt, sondern auch zwischen dem RWG. der der Stadt Düsseldorf wird über die teilweise Einbeziehung der Düsseldorfser Kraftversorgung in den Bereich des RWG. verhandelt. Ruhrgas-A. G. und RWG. arbeiten offenbar darauf hin, daß die wichtigsten kommunalen Versorgungsunternehmen Düsseldorf in gemeinschaftliche Gesellschaften übergeführt werden, an denen das Privatkapital in hervorragendem Maße beteiligt ist. Der Düsseldorfser Fall zeigt besonders deutlich, wie weit die Erstreckung der öffentlichen Wirtschaft durch das Zusammenwirken des privaten Industrie- und Bankkapitals bereits geblieben sind.

Freilich wird man ohne Maßung anders verstehen müssen, die die Stadt Berlin betrifft. Die Stadt Berlin, deren Finanzlage natürlich kaum rosigter ist als die anderer Städte, hat ein Lombarddarlehen beschafft von 10 Millionen Mark, und zwar durch Beleiung von rund 18 Millionen Mark Aktien der Südwest-A. G., die sich im Besitze der Stadt Berlin befinden. Diese Art der Geldbeschaffung ist nun an sich ein durchaus normales Geschäft. Der Rummierer von Berlin scheint sich die 10 Millionen Mark aber doch nicht auf dem gewöhnlichen Wege besorgt zu haben, nämlich durch Beleiung bei einer Bank, sondern bei der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen, dem unter dem Namen Gasafarel bekannten Elektrokonzern, der der zweite Großaktionär der Südwest-A. G. ist. Interessant ist nun für die Selbstverständlichkeit, mit der die bürgerliche Presse die Privatisierung öffentlicher Werke begrüßt, daß an dieses Darlehen sofort die Vermutung geknüpft worden ist, die Stadt Berlin müsse die Aktien verkaufen. Doran denkt aber die Stadt Berlin offenbar nicht. Ein derartiger Verkauf liegt auch nicht in der Tendenz einer derartigen kurzfristigen Geldbeschaffung.

Jedemfalls wird die Finanzlage der Städte in einer Weise bedrohlich, daß es für Ueberlegungen allerhöchster Zeit wird, wie die Erfüllung kommunaler Wirtschaftsaufgaben gegenüber dem Zugriff des Privatkapitals gesichert werden kann, und sei es auch durch außerordentliche Maßnahmen.

Rich. Kuldschmer: Der Blitz schlägt ein

Am Vormittag pflückten wir Alpenrosen am Arberg. Aus dem Farnwall lugte die gespenstige Erscheinung des Patteriol herüber. Breite Kuppen und scharfgeschlittene Hörner, Eis an den Flanken und in den Kinnen, sah ein blaueschwarz in das Grün der Täler, durch die sich die Sturzabfälle wunden. Und von wehenden Röhren auf den Waldhängen unter uns in der Tiefe kam der vielstimmige Klang der Kuhglocken. Sonne war über allem; sie war von einem Ringhof umgeben, der die Farbe mürbigen Opals hatte...

Der Wagen segt die Windungen der Straße nach St. Anton hinab. Der Orientgepäck verschwindet gerade im gähnenden Schlund des großen Tunnels.

Dörfer mit spitzen Kirchtürmen auf grünen Bühnen. In der Höhe der zerklüftete Sied des Kiffler mit seinem Hängegleis, links die Felsenwand der Parzeiergruppe. Landet, die Pontlacherbrücke, um die sich zweimal Tiroler Bauern und Bayern die Köpfe blutig geschlagen haben.

Hier ist grüne Welt. Talschluchten tun sich auf, aber kümmerlich sind die Dörfer, die an der weißen Straße stehen. Windstiefte Häuser zeigen altergeschwärtzte Balkenwerk und Sprünge in den Mauern, von denen der Wirtel fällt. Die Landschaft wird zusehens düsterer. Felschluchten engen sie ein, wir verlassen den Inn, die Straße, gebaut vor siebzig Jahren, als das kaiserliche Österreich noch ein mächtiger Staat war, für eine Ewigkeit gebaut, mit gemauerten Randwällen und Schneegalerien, klinkt am Berghang hin aufwärts.

Von Hochfirnstermüzung sieht man noch einmal auf den schmelzwassergrauen Inn hinab und das Unterengadin hinauf, dessen spitze Berge kuffenhaft von links und rechts her drängen. Drüben, wo die Straße vom Samnaunthal niedersteigt, ist schon schweizerischer Boden. Schwarzblau stehen im Schweigen des Mittags düstere Wälder. Schneegelirger erhebt sich darüber der Big Rondin.

Schwüle Stunde der Erwartung. Es wird ein Wetter kommen, der Himmel umzieht sich bleiern.

Ein Auto, dicht besetzt, faust vorüber. Ich sehe keine Insassen; der Ältere harrt auf dem Rücksitz neben einer Frau im blauen Sweater bleibt mir, ich weiß nicht warum, in der Erinnerung. Es ist wie eine Vision: Männer und Frauen, die nichts sonst an sich haben, als daß sie da sind. Bescheidene Touristen auf der Ferienreise, die sicher gar nicht zusammengehören, aber irgendwas in einer Station, vielleicht in Bündis, vielleicht gerade erst hier, unter umständlicher gegenseitiger Vorstellung („Gefallen, mein Name ist...“) gemeinsam ein Auto gemietet haben, um sich auch einmal etwas Besonderes anzutun, einen staubgrauen, ziemlich mitgenommenen Wagen; sie sitzen schon in die Karre, verschwinden im ersten Strohkentumel.

Auch wir nehmen unsere Plätze im Wagen ein. Das Straßenfort, seit dem Zusammenbruch zwecks und nun völlig verlassen, die Luken mit Brettern verschalt. Himmelhohe Felswände links und rechts. Finstere Schlucht. Wasserstürzen des schäumenden Stillebachs. Dann Weltung, links Wiesen, von denen es noch frischem Heu duftet. Die Straße biegt um einen sanften Rücken.

Da, vor uns ein hübscher Mensch. Ein Mann springt die Böschung herauf und macht mit der Hand erragt ein Haltezeichen. Im Strohkentumel liegt ein Motorrad. Die Bremsen ziehen an. „Was gibst du?“ „Unten liegt einer.“ Wir verstehen: ein Unfall.

Wir springen aus dem Wagen, laufen an den Straßenrand vor. Ein paar Meter tiefer, im Wassergraben des Stillebachs, liegt ein grauer Wagen auf die Seite gestürzt, zwei seiner Räder in der Luft, während sich an den Segelstücken seines Verdecks zerrt. Am Ufer sitzen halb entblößt, mit triefenden Kleidern und Haaren, leichenhaft bleich, mit kleinen Blutstreaken da und dort, zwei Frauen, ein Mann, der den linken Unterarm mit der rechten Hand stützt. Eine andere Frau in blauem Sweater tritt am Ufer hin und her, schaut ins Wasser, fährt sich mit der Hand in die zerzausten Haare, als ob sie etwas daran ordnen wollte, läßt die Hand müde sinken. Kein Schrei, kein Weinen, kein Schmerzjaul.

„Einer liegt unter dem Wagen,“ sagt eine Stimme seltsam tonlos. Es sind Bauern, die von den Wiesen heruntergelaufen kamen.

„Wo ist mein Mann?“ sagt die Frau im blauen Sweater und sieht uns beschwörend an.

Wir arbeiten am Wagen, um ihn aufzurichten. Nach langen Minuten gibt er ein bißchen nach, sinkt wieder zurück; aber es hat genügt, daß der Körper, der darunter gelegen hat, hervorgezogen werden kann. Es ist ein junger Mensch, der, dessen Motorrad mit dem Auto zusammenstieß. Das Auto wollte ausweichen und sauste in die Tiefe, das Motorrad aber liegt oben im Strohkentumel, reglos und zerbrochen wie ein gefallener Krieger. Es ist ganz still auf diesen Wiesen. Man hört nur die Vögel singen, während der Himmel immer bleierner geworden ist.

„Wo ist mein Mann?“ sagt die Frau im blauen Sweater. Und ich begreife plötzlich: das ist das Auto, das in Hochfirnstermüzung an uns vorbeiflog. Wo ist der Ältere Herr, der auf dem Rücksitz saß? Das Gewitter steht erst noch drohend am Himmel. Aber hier, hier hat ein Blitz schon eingeschlagen.

Wir mühen uns um den Estrunkenen. Aber es ist vergebliches Beginnen. Er ist wie sein Motorrad, reglos und zerbrochen wie ein gefallener Krieger.

„Den anderen hat die Strömung weg,“ sagt einer der Bauern leise.

„Nein, er muß da drüben irgendwo liegen,“ meint ein anderer. Unter dem Auto liegen wir nur Steinblockgeröll und Wasserfelsen. Unsere Kräfte reichen nicht aus, es zu heben. Hilfswerkzeuge sind nicht da.

Aber es kommen Autos von Rouders her, Gendarmerie, der Ortsarzt. Die Verletzten sollen nach Firnstermüzung gebracht werden. Dort haben sie trockene Kleider. Sie triefen und schauern vor Kälte obersich die Schwüle aufgenommen hat.

„Wo ist mein Mann?“ sagt die Frau im blauen Sweater. „Ich kann doch nicht weg, ich muß doch auf meinen Mann warten.“ Sie scheint zu schaukeln, doch er nur da irgendwo am Ufer, unter den Büschen, sitzt, wie her anders da mit dem gebrochenen Arm oder Schüttelbein, und nur grad noch die Kraft nicht hat, aufzustehen und zu ihr zu kommen. Ihre Lippen zittern, in ihren Augen steht eine beklemmende Angst, aber sie schreit und weint nicht, sie begreift noch nicht. Den Toten, der, das Gesicht bläulich verfarbt, auf dem artrettenen Rasen der kleinen Uferbucht liegt, scheint sie nicht zu sehen.

Endlich, nach langem Hin und Her, fahren sie im Auto ab. Zurück bleibt ein zerbrochenes Motorrad im Strohkentumel, ein von Sturzbächen überrieseltes zerbrochenes graues Auto im Fluß. Und

vielleicht darunter ein Loter, dem der Brustkorb eingedrückt ist; vielleicht aber reißt die Gewalt des Stillebachs den wehrlosen Körper schon lange von Stufe zu Stufe, hinunter in den mächtig strömenden Inn. Zurück bleiben Gendarmen, die geschäftig sind und Notizen in ihre Taschenbücher machen, bleiben Bauern mit Rechen und Heugabeln, bleiben die Vögel in bleierner Luft. —

Als wir nach einer Stunde wieder die Straße hinabfahren, bricht das Gewitter los. Wir müssen im Tunnel Schutz suchen, denn die Schlucht ist nicht geheuer und Steinschlag bricht von den Wänden. Graubraune Felsklüften mit Tannen da und dort in den Spalten und lang wehenden Großblättern auf den Vorsprüngen steigen links und rechts zum schwarzen Himmel, von dem Wasserströme schräg herniederbrechen. Spaltet ein Bliz das Firmament, so geht ein

Willy Mühs: Spandau Entdeckungsreise ins unbekannt Berlin

In Spandau wohnen mehr als hunderttausend Berliner. Aber von den 4 1/2 Millionen Berlinern gibt es Millionen, die Spandau noch nie betreten. So groß, so gedeiht ist diese Stadt, daß die Fahrt von einem Teil des steinernen Meeres zum anderen nicht nur eine Reise, sondern schon eine Entdeckungsreise ist.

Die, unendlich viel ist schon über Berlin geschrieben worden und wird auch in Zukunft noch geschrieben werden. Aber die Eindrücke und Eindrücke anderer erregen doch nicht die eigenen. Es ist, als ob jeder nicht nur seine eigenen Augen, sondern auch sein besonderes Augensystem hätte. Es ist schön, von anderen zu erfahren, was sie entdecken und erleben. Aber nicht die herrlichste Schilderung ersetzt das Selbstgesehene. So kann und muß das unjährlige Male entdeckt, das Bekannte immer wieder neu entdeckt werden.

Als ich ein Kind war, träumte ich von einer Reise nach Spandau, der alten Festungsstadt mit ihren trübnigen Bastionen und Türmen. Ich träumte von den Gefahren der Landstraße. Unter diesen Gefahren spielte der Gendarm keine kleine Rolle. Ich stellte ihn mir vor, wie er mit einem riesigen, angstverweckenden Schmutzbar in Gesicht daherkam und mit grober Stimme nach dem Woher, Wohin fragte. Wie er mich mit sich nahm als einen kleinen Ausreißer und Landstreicher. Ich glaube, daß diese Gefahr der Landstraße mit daran schuld ist, daß ich Spandau nur immer aus der Ferne sah, und daß ich erst jetzt in späten Jahren die Sehnsucht der Jugendzeit erfüllte, jetzt, wo Spandau schon lange keine selbständige Stadt mehr ist, ein Stadtteil des häußerreichen Berlin.

Die elektrische Schnellbahn gleitet dahin wie ein Fern-D-Zug, und auf den früheren Landstraßen liegen die Schienen der Straßenbahn. Der 20 Pf. zahlen kann, fährt heute schneller und besser als vor 100 Jahren die absoluten Herrscher Preußens von Berlin nach Spandau.

Irgendwo im Westen der Stadt verlassen wir den Kern des eigentlichen Berlin, jagen an Feldern, Laubkolonien, an Wasser und Wald so vorüber, daß die landschaftlichen Eindrücke in der Erinnerung einen mühen Laumel bilden, ein Chaos, das die Schnelligkeit der Fahrzeuge hervorruft. Die Leute der Postkutsche oder des königlichen Hofwagens sahen mehr von der Landschaft — von den Wanderbüschen, den wahren Königen der Landstraße, gar nicht zu reden. Dann aber tauchen Lärme auf und Häuser, ein Wasserlauf ist da und mehrere Brücken. Der Jugendtraum geht in Erfüllung: Das ist wirklich Spandau mit seinem Rathaus und seinen Kirchen. Aber Jugendträume, die sich erfüllen, beginnen meist mit einer Enttäuschung. Da ist der alte Hauptbahnhof; nicht fern, fastlich steht das Stationsgebäude neben und unter den hochliegenden Gleisen der Reichsbahn. Moderne, halbmoderne und unmoderne Häuser umstehen den Bahnhofspiaz und füllen die angrenzenden Straßen. Aber diese Straßen sind eng und werden immer enger, je mehr wir uns dem Herzen der Altstadt nähern. Diese Straßen sind so eng, daß man die Straßenbahn und den Autobus bewundert, die gewandt durch die vielen Kurven fahren und beide zuweilen dicht am Bürgersteig halten können. An irgend einer verkehrsreichen Straße erhebt sich rings das neue Rathaus und neben ihm das schlichte Gebäude der Kaffermühle, die ihre Wasser aus dem alten Festungsgraben empfängt. Dieser Graben ist im Herbst vom goldgelben Schmuck der alten Bäume überfüllt und wirkt eher wie ein verwunschener Weiher als wie eine festungsmäßige Anlage. Am anderen Ende der Straße ist eine alte, gedrungene, wehrhafte und doch himmeltragende Kirche. Das ist ein Bild, das sich einprägt: diese Verkehrsstraße mit ihren kleinen Häusern, den vielen kleinen Läden, mit der rogenden Kirche an dem einen, dem Rathaussturm am anderen Ende. Abwärts von dieser Straße kleine Gassen, geduckte Häuser, gequälte Menschen, tote Winkel mit holprigem Pflaster. Das ist der Rest der alten Festungsstadt. Eine schmale Brücke, über die Radfahrer ihre Räder fahren, schwingt sich grün und kühl über die Schleuse, die den Lauf der Havel regelt. Die Büsche, schwarz, rot, braun und weiß gemalt, Röhre liegen in der Kammer und lassen sich zum Wasserpiegel des Tegeler Sees emporheben. Eine Bootschleppe für Sportboote ist auch da. So geht es beiden gut, den Berufsschiffern und den Wassersportlern. Einer hört hier nicht den anderen. Was nicht zusammengehört, soll auch getrennt sein. Hinter der Schleuse steht der sagenhafte Justizsturm, der Millizenturm, der Goldturm, der Tower Spandaus. Aber der Goldturm ist leer, der Tower in London hütet noch heute seine Juwelen, und die Bank von England läßt sich auf seine Fusianen ein. ... Aber schön ist es um diesen entgoßenen Turm herum. Hier gibt es nur noch das Gold, das herbliche Gold der tausend Bäume, die den alten Festungsgraben umgeben. Die Pflanzen erobert die Wälle und Mauern! Um diesen idyllischen Graben führen Wege, sie enden auf der einen Seite auf einem Tennisplatz. Damen und Herren jagen Bälle über die trennenden Netze. Aber es muß doch sehr schön sein, in der Abenddämmerung nach beendeten Spiel um den alten Festungsgraben zu wandern. ...

Schnell sinkt im Herbst die Sonne. Künstliche Sonnen flammen auf. Man muß fremde Städte sehen, wenn es dunkel ist. Sie haben dann alle etwas Gemeinames, etwas bekannt Geheimnisvolles, etwas, was sie hinaushebt über das Irdische. Aus tausend Lichtern, hellen, dunkleren, gelblichen, bläulichen und rötlichen, strahlt die Magie der Stadt in die Nacht. Die Uhr am Rathaussturm schwebt allein über den Häusern: befreit von aller Erdschwere zaubert sie

Entladungsknaden auch an den Telegraphendrähten hin, die durch den Tunnel laufen. Ein Postauto, dicht besetzt mit Straßenarbeitern, die alte Sack über den Kopf gezogen haben, kommt angetastet, bleibt hinter unserem Auto stehen. So wartete man im Krieg einen Feuerüberfall im Unterstand oder in der Kaverne ab.

Wir schauen aus dem Dunkel des Tunnels hinaus in die Schlucht. Jetzt wird auch die Felswand zur Rechten lebendig. Ein brauner Strom von Wasser, Erde und Steinen kracht aus großer Höhe herab wie ein Wasserfall. Aber das Rauschen des Hagels, des Donners, des plötzlich dunkelbraun gewordenen Baches übertrönt seinen Sturz. Fahlgrau ist die ganze Welt geworden. Westuntergang.

Nach einer Stunde ist der Spat vorüber. Wir fahren wieder. Die Straße ist mit Steinen überfüllt. An zwei Stellen hat eine Mur vom Hang herab einen Schuttkegel aufgelüht. Wir kommen durch. Die Schlucht öffnet sich wieder. Hochfirnstermüzung. Wir wissen, da oben in einem Zimmer des Hotels sitzt eine Frau in blauem Sweater und fragt: „Wo ist mein Mann?“

die nächtliche Beleuchtung als einen Stern über die engen Straßen der alten Stadt. In einem Marktplatz schreit Lichtreklame. Seltens, dieser Marktplatz erinnert an viele andere in der Welt.

Und doch, was ist das für eine Stadt: eine Bäckerei neben der anderen, die Konditoren scheinen auf Spandau verlassen zu sein. Bienenkleidung ist hier nötig. Ueberall — in der Innensied — gibt es schöne Schaufenster mit herrlichen Modelschöpfungen, Paris muß eifersüchtig werden. Und dann die Radio- und Pholographie: Kunst und Lichtbild die große Mode! Aber nur zwei Buchhandlungen scheinen da zu sein, die der „Volkstimme“ und eine Kleinstädtisch-trauliche, die technische Bücher verkauft. ... Das Buch steht tief im Kurs. Die Kellnerinnen tragen den Ertrag in jedes Haus. Aber das mag alles nur erster Eindruck, oberflächliche Betrachtung eines flüchtigen Besuchers sein. Was sah er denn groß von Spandau? Den Kern der alten Stadt! Er ahnte nur die großen Fabriken, den Rhythmus der Arbeit, die ausgebreiteten Siedlungen weit draußen vor der eigentlichen Stadt, die herrlichen Laub- und Nadelwälder, und nicht zuletzt die Havel: Es gibt noch viel zu entdecken in Berlin!

Erna Büling: Sein Roman

Also, er hatte einen Roman geschrieben. Er freute sich, wie das nach gelanger Arbeit in der ganzen Welt ortsüblicher Brauch ist, und seine Freunde freuten sich auch, weil die Befundung von Mitfreude einen jeden unbedingt zu einem anständigen Menschen stempelt. Wie gefagt, er sah nur freudige Gesichter um sich. Zudem hoffte er, daß er eine oder der andere auf eine Erwähnung seiner wertigen Person, denn eine solche Erwähnung, selbst wenn sie nur dem engsten Freundeskreis verständlich ist, schmeltzt ungemein.

Er verstand sich nicht auf Geschäfte, aber er verstand die Situation auszumähen, und das ist mitunter genau soviel, wenn unter Umständen nicht noch mehr wert. Rithin pumpt er auf die guten Aussichten seines Romans.

Dann ging der Roman auf die Reise. Der erste Verleger, dem er angeboten wurde, fragte nach der Länge. Der Roman war fünfzig Schreibmaschinenseiten zu lang. Weder der Verleger noch sein Vertreter lasen ihn, weil sie für ihre Produktion ein festgelegtes Schema hatten, das nicht durchbrochen werden konnte.

Der zweite Verleger hatte auch ein Schema, bloß daß dieses umfangreichere Arbeiten berücksichtigte. Für diesen Verleger war der Roman fünfzig Schreibmaschinenseiten zu kurz.

Der Roman trat ungelesen den Weg zum dritten Verleger an, und der Verfasser nahm einen neuen Pump auf. Diesmal landete der Roman beim Lektor, der berufsmäßig dazu angestellt war, Roman auf Roman zu lesen. Doch der Lektor war ein bedächtiger Mann, und da die Witin des Verfassers ein Telefon hatte, fragte der Herr Lektor, bevor er den Roman las, vorlichtshalber an, ob in dem Roman jemand stirbe. Da das bejaht wurde, las er den Roman nicht, sondern schickte ihn postwendend zurück. Die Produkte seines Verlags wurden nämlich von sentimentalen Lesertinnen bevorzugt, die stets Beschwerdebriefe schrieben, wenn jemand im Roman starb. Und der Verleger wollte Geschäfte machen, daher durste in einem Roman, den er verlegte, kein Mensch mehr sterben. Der Verfasser erweiterte unterdessen den Kreis seiner Geldgeber.

Der Roman wanderte inzwischen in die Aktienmappe eines Lektors, der gewissenhaft war. Im Geschäft kam er kaum zum Lesen, und da seine Frau einen gemütlichen Sonntagnachmittag liebte, nahm er die zu lesenden Romane mit nach Hause. Und zwischen Kaffeetrinken und dem Einfangen verschiedener Radiostationen las er Romane. Doch las er von diesem Roman nur ein paar Seiten, denn der Verfasser beschäftigte sich mit Problemen, während der in Frage kommende Verlag nur mit Liebesgeschichten Geschäfte machte.

Der Verfasser aber pumpte und pumpte, und falls der liebe Gott mit der Erde nähere Beziehungen gehabt hätte, wäre auch der à-konto-Roman angepumpt worden.

Die Zukunft war hell und licht, denn der Roman wanderte in das dramaturgische Bureau einer neugegründeten Filmgesellschaft. Die verkündete in Handzettel — die sie an die Presse verschickte —, sie wäre diejenige, welche den Inhalt zum Schaffen würde. Doch als gerade die vierte Seite vom Roman gelesen wurde und er auf seine Eignung fürs Drehbuch geprüft word, da war die Filmfirma schon pleit. Obwohl ein riesengroßes Verlustgeschäft in Aussicht war, kaufte das Reich die Aktien nicht. Darauf verlangten die Freunde vom Verfasser das gepumpte Geld zurück, und der Romanschreiber war gezwungen, alle seine Verbindungen auszumähen, er mußte Verfallensberichte und andere handfeste Sachen schreiben, um seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Darauf wurde der Roman als Einschreibebrief in die Provinz geschickt. Als der Verfasser nach einem Monat beschaffen anfragte, kam vom Verlag die Antwort zurück, daß der Roman nicht eingelaufen sei. Sofort ging der Autor nach der Post. Es wurde eine Untersuchung eingeleitet, und nachdem der Verfasser ein paar Stiefelsohlen durchgelaufen hatte, bekam er die Entschädigung, die für einen verlorenen Einschreibebrief gezahlt wird.

Plötzlich lud er seine Freunde ein, bewirtete sie mit Bier, Kaffee und Kuchen, und als seine Gäste erkrankt fragten: „Wovon?“, sagte er: „Ich habe heute Geld für meinen Roman bekommen.“ Als man darauf neugierig fragte: „Welcher Verleger hat ihn denn angenommen?“, machte der Autor ein niesendes Gesicht und hielt ohne nähere Erklärungen und ohne Widerruf: „Meinen Roman...“ die Post verlegt.

